



Politik:

Horst Seehofer beim Tag
der Heimat in Berlin

Hessen:

Gedenken an die Opfer
von Flucht und Vertreibung

Kultur:

Kulturelle Sommertage
des BdV in Heppenheim

Herausgeber:



Inhalt

- 3 Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin
- 6 Horst Seehofer beim Tag der Heimat des BdV in Berlin
- 9 Erstes Treffen der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler
- 9 BdV-Landesvorstand besucht CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
- 10 Ministerpräsident Bouffier lädt zum Jahresgespräch
- 12 Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat im Biebricher Schloss
- 14 Mitglieder des BdV-Landesverbandes zu Besuch im Freilichtmuseum Hessenpark
- 14 Arbeitstreffen der BdV-Landesverbände von Hessen und Thüringen
- 15 BdV zu Gast bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung
- 15 BdV-Landesverband Hessen besucht den Wiesbadener Kurier
- 16 Wissenschaftliche Fachtagung „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik“
- 17 Bundeskulturtagung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
- 18 Schlesier trauern um ehemaligen Innenminister Gottfried Milde
- 19 Wanderausstellung über Vertreibungen im Landratsamt Groß-Gerau
- 20 Totengedenken am Ehrenmal der Heimatvertriebenen in Trebur
- 20 Gedenktafel für die Deutschen aus Ungarn in Weilburg
- 21 Gemünden erinnert an Ankunft der Heimatvertriebenen vor 72 Jahren
- 22 Kulturelle Sommertage erstmals in Heppenheim
- 24 Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2018 für Prof. Dr. Michael Wolffsohn
- 25 Manfred Hüber feierte 80. Geburtstag
- 26 Prof. Adolf Hampel wurde 85
- 27 Termine

Titelbild

Bei der Gedenkfeier für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation wurde Ministerpräsident Volker Bouffier vom Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut, mit dem Schlesierschild ausgezeichnet, der höchsten Ehrung der Landsmannschaft Schlesien. (Foto: Hessische Staatskanzlei)

Angemerkt...

Hat unser Verband noch eine Zukunft? – Die Zeit nach den Zeitzeugen

Der Bund der Vertriebenen (BdV) beging im vergangenen Jahr sein 60. Gründungsjubiläum. Damals ging BdV-Präsident Dr. Fabritius bei den Feierlichkeiten zum Tag der Heimat mit dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“ in der Urania in Berlin auf die Entwicklungen ein, die der BdV im Laufe seiner Geschichte angestoßen und umgesetzt hat. Ebenso beschrieb er fortbestehende Aufgaben und umriss zukünftige Herausforderungen.

Besonders an der Basis, vor Ort, beklagen die Verantwortlichen in den letzten 10 Jahren bei vielen Orts- und Kreisverbänden Mitgliederrückgänge von oft bis zu 50 Prozent. Bei vielen dieser Organisationseinheiten unseres Heimatvertriebenenverbandes stellt sich die Frage, wie wir in zehn Jahren dastehen werden? Welche Möglichkeiten haben wir, um auch noch in zehn Jahren und danach unsere Aufgaben zu bewältigen und unsere Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren? Oder müssen wir uns für die Zukunft neu aufstellen und ausrichten? Müssen wir neue, der heutigen Zeit gerecht werdende, Inhalte definieren, die auch bei Menschen Interesse finden, die nicht das Schicksal von Flucht, Vertreibung oder Deportation erleiden mussten?

In den vergangenen Wochen hörte man hierzu Meinungen und Überlegungen von verschiedenen Seiten. Der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann äußerte sich kürzlich: „Im Bemühen um Mitsprache in der Politik werden wir weiterhin nur Gehör

finden, wenn wir als Bund der Vertriebenen eine starke, anerkannte Vertriebenenorganisation bleiben und verbandsinterne Lösungen gegen den zunehmenden Mitgliederschwund in den eigenen Reihen finden. Das, was uns verbindet und was wir mit der Arbeit unseres Verbands abdecken, ist heute viel mehr, als nur den historischen Moment ‚Vertreibung‘ zu thematisieren. Im BdV sind mittlerweile auch viele Menschen vereint, die Vertreibung zum Glück nicht mehr erleben mussten und sich ohne Vertriebenenwurzeln aus Überzeugung unserem Anliegen verbunden fühlen. Diese Gegebenheit weiter auszubauen, stellt eine große immerwährende Herausforderung an eine erfolgreiche Zukunftsorientierung unseres Verbandes dar. Dazu müssen wir mit allen Kräften an die Arbeit gehen.“

In einem Interview mit der Zeitung DIE WELT ging Dr. Fabritius dazu wie folgt ein: „Der Name Bund der Vertriebenen ist, wenn er die Vertreibung als einzige Klammer der Zusammengehörigkeit darstellt, nicht mehr vollständig.“ Er wolle darüber eine interne Debatte anstoßen, wie der Verbandsname erweitert werden könne. Die Vertreibung gehöre zur Identität des Verbandes, so Fabritius weiter. Allerdings seien inzwischen „sehr viele Menschen in unserem Verband vereint, die nie vertrieben wurden“. Außerdem hätten sich die Aufgaben weiterentwickelt. „Das, was wir abdecken, ist inzwischen viel mehr, als nur diesen historischen Moment Vertreibung zu thematisieren.“

Helmut Brandl



ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Sozialministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siegbert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH

Rolandsecker Weg 33

53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben p. a.

31. März 2018, 30. Juni 2018, 30. September 2018 und 15. Dezember 2018

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

15. November 2018

„Gut, dass wir diesen Gedenktag haben“

Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

Beim vierten bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2018 brachte eine Medien-Ente etwas Unruhe in den sich langsam füllenden Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin: Horst Seehofer – Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat und als solcher Gastgeber der Gedenkstunde – habe seine Teilnahme vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen abgesagt, hörte man. Doch Seehofer kam und mit ihm auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, deren Ansprache in diesem Jahr im Zentrum der Gedenkstunde stehen sollte.

Mit der Teilnahme der Bundeskanzlerin zeigte sich ein weiteres Mal, welch hohen Stellenwert die wichtigen Staatsämter diesem Gedenktag beimessen. Mit dem damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck im Jahr 2015, dem damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert im Jahr 2016 und der diesjährigen Rede Angela Merkels haben die drei protokollarisch am höchsten stehenden Repräsentanten Deutschlands in den ersten vier Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Flucht und Vertreibung gesprochen. Teilnahme und Rede des rumänischen Präsidenten Klaus Johannis im Jahr 2017 unterstreichen diesen Eindruck, zumal mit ihm erstmals das Staatsoberhaupt eines Landes, aus dem nach dem Zweiten Weltkrieg Deutsche allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit vertrieben oder depor-

tiert worden waren, zu einem solchen Anlass sprach.

„Gedenktage sind Denkmäler in der Zeit“, begann der Bundesinnenminister seine Begrüßung mit einem Zitat von Aleida Assmann, einer der international anerkanntesten Expertinnen auf dem Gebiet des kulturellen Gedächtnisses. Aus diesem kurzen Zitat leitete Seehofer ab, dass die Bedeutung eines jeden einzelnen Gedenktages auch davon abhängt, wie dieses „Denkmal in der Zeit“ errichtet werde. Dazu zähle jedes Detail in der Vorbereitung und Durchführung: von der Auswahl und Lieferung der Blumen über das Einüben der Musikstücke bis hin zu „den Gästen – vorneweg natürlich der verehrten Frau Bundeskanzlerin“.

Der Minister erinnerte daran, dass auf den Tag genau vor 70 Jahren – am 20. Juni 1948 – die Währungsreform in der Trizone in Kraft trat und die Deutsche Mark eingeführt wurde. Dies habe die deutschen Heimatvertriebenen in Westdeutschland erneut auf ihre Mittellosigkeit zurückgeworfen und doch gleichermaßen den Anfang ihres Aufstieges markiert. Den pommerischen Adligen und Politikwissenschaftler Christian Graf Krockow zitierend, sagte Seehofer: „Die Vertriebenen erwiesen sich in der Folge wie kaum eine andere Gruppe als leistungsbereit und leistungstark. Sie suchten ihre Chancen dort, wo sie sich boten – waren bereit, mit harter Arbeit ihrem



„Für Vertreibung gibt es keine Rechtfertigung“, so die Bundeskanzlerin.



BdV-Präsident Fabritius hielt auch in diesem Jahr das Schlusswort.

vermeintlich vorbestimmten Leben in Armut zu entkommen. Es schien, als habe der Schock der Vertreibung ungeahnte Kräfte freigesetzt, die – zumindest in der Generationenfolge – den sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg bewirkten.“ So seien die Vertriebenen zu einem wichtigen Faktor des westdeutschen Wirtschaftswunders geworden.

Vergleiche zwischen damals und heute ließen sich schwer anstellen, so der Innenminister. Dennoch könnten aus den unterschiedlichen Vertreibungs- und Flüchtlingsschicksalen ähnliche Lehren gezogen werden: dass Frieden kostbar sei, dass Humanität am Anfang des Denkens stehen müsse und dass man Orte der Vertrautheit nicht erst als Heimat erkennen und bewahren solle, wenn sie verloren seien. „Gut, dass wir diesen Gedenktag haben“, beendete Seehofer seine Begrüßung.

Es braucht noch viele solcher Gedenktage

Diesen Gedanken griff der emeritierte Limburger Weihbischof und ehemalige Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Dr. h.c. Gerhard Pieschl, auf und mahnte, es sei wichtig, an Vergangenes zu erinnern, das bis in die Gegenwart wirkt und die Zukunft prägt. An seiner eigenen Biographie verdeutlichte er im Folgenden



Gedenkstunde für die Opfer von Flucht und Vertreibung: (erste Reihe v.l.) Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Dr. Umeshwar Arunagirinathan, Weihbischof em. Gerhard Pieschl und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (Fotos: Markus Patzke/BdV)

Fortsetzung auf Seite 4 ►

► Fortsetzung von Seite 3

einige dieser einschneidenden und oft sehr gegensätzlichen Impulse eines Vertriebenen-schicksals. So beschrieb er die Ablehnung, die er „als tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit“, geboren 1934 in Mährisch Trübau, schon als Kind von der dortigen Staatsmacht erfahren hatte genauso wie die Ablehnung bei der Ankunft in Westdeutschland nach der Vertreibung. Ebenso wie Bundesinnenminister Seehofer lobte Pieschl die schnelle wirtschaftliche und politische Integration der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig sprach er aber von einer schwierigen gesellschaftlichen Eingliederung, auch weil der Rückkehrwunsch in den Familien noch lange genährt wurde. Der starke familiäre Zusammenhalt und die Heimat im Glauben, zumal die Kirchen – Pfarrer und Bischöfe – gleich mitvertrieben worden waren, hätten die Vertriebenen jedoch stabilisiert und die „Atombombe mit Zeitzünder“ entschärft, die die Kommunisten nur zu gern detonieren gesehen hätten. Mit dem Blick auf die Gesellschaft sei auch heute noch klar: „Die Vertreibung ist kein Privatproblem. Es braucht noch viele solcher Gedenktage.“

Ein Mangobaum – in Deutschland wurzelnd

Ebenfalls mit Kindheitserinnerungen stieg Dr. Umeswaran Arunagirinathan in seinen Erlebnisbericht ein. Diese seien von einer idyllischen Schönheit geprägt, bis der Bürgerkrieg auf Sri Lanka ausbrach, unter dem auch seine Familie als Teil der tamilischen Minderheit zu leiden hatte. Ab diesem Zeitpunkt bestimmten Angst und Not das Leben des heranwachsenden „Umes“ und seiner vier Geschwister. Eine Schwester starb mit zwölf Jahren aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung. Die Kinder konnten nicht mehr zur Schule gehen. Er selbst verkaufte mit elf Jahren Obst am Straßenrand, um die Familie zu unterstützen. Unter großen Entbehrungen bezahlten die Eltern einen Schlepper, um Umes als Zwölfjährigen zu einem Onkel nach Hamburg zu bringen. Aus einer auf fünf Tage angelegten Reise wurde eine achtmonatige Odyssee, die letztlich zum geplanten Ziel führte. Nach Schulbildung, Abitur und Medizinstudium in Deutschland erlangte Arunagirinathan 2008 „endlich die Anerkennung“ der deutschen Staatsbürgerschaft. Derzeit beendet er seine Facharztausbildung zum Herzchirurgen.

Als „kleiner Mangobaum“ sei er nach Deutschland gekommen, sinnierte Arunagirinathan. Aus einem solchen könne keine deutsche Eiche werden. Doch kein Baum könne wachsen, ohne neue Wurzeln zu schlagen, und seine seien in Deutschland entstanden. Dieses Bild von der Neugewinnung von Heimat verstärkte er durch sein Bekenntnis, dass er sich als Staatsbürger mit verantwortlich fühle für den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Werte Deutschlands, die ihm sein heimisch werden hier ermöglicht hätten. Außerdem wolle er ein Beispiel und ein Dialogpartner für die Menschen sein, die heute als Flüchtlinge ins Land kommen.

Geschichten der Vertriebenen Teil unseres kollektiven Gedächtnisses

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich in ihrer, viele geschichtliche und aktuelle Aspekte von Flucht und Vertreibung streifenden Rede zunächst berührt und dankbar für die Schilderung der beiden ganz individuellen Schicksalerfahrungen. Solche Geschichten seien es, „die verdeutlichen, dass Flucht eben nichts Abstraktes ist, dass dahinter menschliche Schicksale stehen – leider allzu oft auch solche, die nicht gut enden“.

Den Zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust und den Verbrechen der Nationalsozialisten, aber auch Flucht und Vertreibung der Deutschen stellte sie als prägend für das moderne Deutschland heraus. Die Erfahrungen und Lehren dieser Katastrophen hätten die Grundlagen der Bundesrepublik gelegt. „Sie verpflichten und verändern auch das heutige Deutschland auf seinem weiteren Weg in Europa und in der Weltgemeinschaft“, so die Bundeskanzlerin.

Einige dieser Verpflichtungen stellte Merkel in der Folge dar und ging dabei etwa auf eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik, verstärkte Hilfen in Krisengebieten sowie die Ausweitung entwicklungspolitischer Maßnahmen ein.

Auch wenn „dabei noch unendlich viel zu tun“ sei, müsse man die Einzelschicksale, die unverschuldet in Not geratenen Opfer, im Blick behalten.

Mit dem Blick auf die Opfer sei auch der Gedenktag entstanden. Welche Tragweite dieser Begriff entfalten könne, wüssten die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Angehörigen gut. „Die Heimatvertriebenen waren Opfer, die bitteres Unrecht erlitten haben“, so die Bundeskanzlerin. „Aber wir verkennen auch nicht Ursache und Wirkung. Vertreibung und Flucht der Deutschen waren eine unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs und der unsäglichen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur“, erklärte sie, um dann unter dem Beifall der Gäste ebenso deutlich zu bekennen: „Doch das ändert nichts daran, dass es für Vertreibung weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung gab.“

Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen gehöre fest zu unserem kollektiven Gedächtnis, bekräftigte Merkel ihre Einordnung dieses Teils unserer Vergangenheit als identitätsprägend. In ihren Ausführungen machte sie insbesondere auf die schwierige Situation der Vertriebenen in der SBZ/DDR aufmerksam, die fast 40 Jahre lang über das Erlittene hatten schweigen müssen. In der Aufarbeitung dieser Schicksale habe der Bund der Vertriebenen mit seinen nach dem Mauerfall gegründeten Landesverbänden in den neuen Bundesländern „unglaublich wichtige Arbeit geleistet“, lobte die Bundeskanzlerin und dankte dem Verband.



Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung mit Gastgeber Bundesinnenminister Horst Seehofer. Rechts im Bild die hessische Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf. (Foto: LBHS)

Die aktuellen Aufgaben, die mit dem Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Zusammenhang stehen und derer man gewärtig sein müsse, seien vielfältig. Sie reichten von der Erinnerungs- über die Kulturpolitik bis hin zu außen- und entwicklungspolitischen Fragen. Klar sei: „Die Entscheidung vor vier Jahren war eine ganz wichtige. Dieser Gedenktag zeigt auch, was wir in der Vergangenheit bewältigt haben, wie Vertriebene dazu beigetragen haben, diese Bundesrepublik Deutschland zu formen, und wie wir unsere Verantwortung auch in Zukunft leben müssen“, schloss die Bundeskanzlerin ihre Ansprache.

Würdigung der Toten nie wieder durch nationale Grenzen behindern

Wie zu den vergangenen drei Veranstaltungen kam es dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, zu, das Schlusswort zu sprechen. Eindringlich erinnerte er an die mehr als zwei Millionen Todesopfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Dieser zu gedenken sei wichtig, weil „sie uns ihr Martyrium nicht mehr erzählen“ können. Die Zeitzeugen und die Nachfahren der Überlebenden müssten auch über die Toten berichten, um das sinnlose Sterben nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Fabritius machte den Gästen auch den schmerzhaften Heimatverlust bewusst, den Millionen Deutsche erleiden mussten. Angesichts dessen sei es „gut, dass wir uns seit einiger Zeit wieder mehr mit der Heimat beschäftigen“. Es gelte, den Wert der Heimat wiederzuerkennen, gerade in einer Gesellschaft, in der Heimat „nicht nur Notwendigkeit, sondern heute – zum Glück – aktuelle Realität“ ist. Insbesondere den zivilen Toten dieser Zeit die Ehre zu erweisen, die oft auf der Flucht am Wegesrand verscharrt wurden, sei eine Aufgabe, die grenzüberschreitendes Engagement erfordere, mahnte der BdV-Präsident und lobte den wachsenden Einsatz des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf diesem Gebiet. Unter dem gemeinsamen europäischen Dach sei es Ländern „endlich möglich, im Gedenken und in Trauer an den Gräbern der Toten zusammenzukommen. Die Würdigung der Toten darf nie wieder durch nationale Grenzen behindert werden“, forderte Fabritius. „Wir, meine Damen und Herren, wollen niemals vergessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und warum – immer

Verbrechen sind“, erklärte der BdV-Präsident abschließend und dankte der Bundesregierung dafür, dass sie mit dem nationalen Gedenktag den notwendigen symbolischen Rahmen dafür geschaffen habe.

Podiumsdiskussion mit multiperspektivischem Blick

Zum zweiten Mal hatte das BMI vor der Gedenkstunde zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, die in diesem Jahr Zeitzeugenberichte, den Erinnerungstransfer auf die Nachfolgegenerationen sowie grenzüberschreitende Perspektiven zum Thema hatte. Eröffnet wurde die Diskussion vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, BdV-Vizepräsident Stephan Mayer, der auch selbst am Podium teilnahm. Mayer betonte insbesondere die Aufbauleistung der Vertriebenen, die diese trotz ihres widrigen Schicksals in der jungen Bundesrepublik erbracht hätten.

Als Zeitzeugen sprachen Weihbischof em. Gerhard Pieschl als Heimatvertriebener und Renate Zajaczkowska, die Vorsitzende der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft in Breslau, als Heimatverbliebene. Neben Stephan Mayer war Tilman Fischer, stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen, als Vertreter der Nachfolgegenerationen anwesend. Dr. Hajnalka Gutai, Leiterin der Gesellschaft der Landesselbstverwaltungen der Ungarndeutschen, brachte die Sichtweise einer jungen Vertreterin einer deutschen Minderheit ein. Die Direktorin der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Dr. Gundula Bavendamm, moderierte die Podiumsdiskussion souverän. Im geladenen Publikum saßen viele weitere Zeitzeugen, aber auch Schulklassen aus Deutschland und Polen.

Der multiperspektivische Ansatz förderte vor allem zutage, wie aktuell die verschiedenen Themenkomplexe, die mit der Siedlungsgeschichte der Deutschen sowie mit



Gedenkstunde: (v.l.) Raphael Bartek, Geschäftsführer des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz und Oppeln, Mitarbeiterin im Büro B. Gaida, Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Bundesaussiedlerbeauftragter Dr. Bernd Fabritius, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Stephan Grigat, Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. (Foto: LBHS)

Flucht und Vertreibung zusammenhängen, noch immer sind. Tilman Fischer erklärte, dass sich zumindest ein Teil der Nachfolgegeneration der Vertriebenen als Kulturträger des mitgebrachten Erbes sehe und dass er auch darum starke heimatliche Gefühle der westpreußischen Herkunftsregion seiner Großeltern gegenüber hege. Weihbischof Pieschl sprach über seine Vertreibungserfahrung und über die Ankunft „im Elend“. Dieses althochdeutsche Wort für „in der Fremde“, also fern der Heimat, habe für ihn durch sein eigenes Schicksal eine besondere Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig habe ihm aber stets der Glaube weitergeholfen und die Überzeugung, dass Heimatgefühl auch durch die Verbindung mit Menschen entstehen kann. Renate Zajaczkowska berichtete besonders bewegend über die politischen Veränderungen ab 1989. Für die meisten der in Polen verbliebenen Deutschen sei dies der Zeitpunkt gewesen, an dem die Rückgewinnung ihrer Identität begonnen habe. Und Hajnalka Gutai verdeutlichte, wie positiv sich die Situation der Deutschen in Ungarn durch die dortige Minderheitenpolitik entwickelt habe. Dadurch dass in den Familien offen über die Vergangenheit – über Vertreibung, Deportation und die kommunistische Zeit – gesprochen werde, wachse das Interesse der Jugendlichen. Dies wiederum verbessere die Behandlung des Themas im schulischen Bereich. Ein kurzer, offener Austausch der Podiumsteilnehmer mit den Gästen rundete die Veranstaltung ab. ■

Marc-P. Halatsch

„Seien Sie starke Partner an unserer Seite“

Horst Seehofer beim Tag der Heimat des BdV in Berlin

„Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“: Unter diesem Leitwort hatte der Bund der Vertriebenen am 25. August 2018 in die Urania Berlin eingeladen, um den zentralen Auftakt zur wichtigsten Veranstaltungsreihe des Verbandes zu begehen – zum Tag der Heimat. Obwohl gleichzeitig der „Tag der offenen Tür der Bundesregierung“ stattfand, war der Humboldt-Saal mit zahlreichen Gästen aus ganz Deutschland, aus der Politik, aus dem diplomatischen Corps und sogar mit etlichen Vertretern der deutschen Minderheiten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa gut gefüllt. Es sprachen BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, als Festredner Bundesinnenminister Horst Seehofer und Weihbischof Dr. Reinhard Hauke das Geistliche Wort und Gedenken.

Für Europa – historischen Ballast abwerfen

Dreh- und Angelpunkt der Wortbeiträge war das diesjährige Leitwort. „Im vereinten Europa müssen alle aufeinander zugehen!“, mahnte etwa der BdV-Präsident in seiner Ansprache und bezog dies auf die aktuelle politische Lage in einigen europäischen Staaten. Wo vergangenes Unrecht nicht aufgearbeitet und beseitigt werde, so die Botschaft, könne das damit verbundene Denken zu neuem Unrecht führen. Wo es hingegen aufgearbeitet werde, sei dies ein heilsamer Prozess für die jeweilige Gesellschaft und stärke das Vertrauen zwischen den Ländern. Mit seiner Forderung erfülle der BdV also ein schon seit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 bestehendes Kernanliegen, denn es gehe darum, Europa voranzubringen und zur grenzüberschreitenden Verständigung beizutragen.

Auszugsweise ging Fabritius auf die Situation in der Tschechischen Republik, in Polen, in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und in Rumänien ein. Ganz unterschiedlich sei die Bereitschaft, den historischen Ballast der Vertreibungs- und Enteignungsdekrete abzuwerfen. Mancherorts sei sie nur gering ausgeprägt – sogar im Hinblick auf das „gegen jedes Rechtsempfinden einer der Humanität verpflichteten Gesellschaft verstoßende Straffreistellungsgesetz Nr. 115 aus dem Mai 1946 des Prä-



Gruppenbild mit dem Bundesinnenminister (v.l.): Christian Knauer, Milan Horáček, Dr. Bernd Fabritius, Horst Seehofer, Dr. Maria Werthan, Siegbert Ortman, Parlamentarischer Staatssekretär Stephan Mayer MdB, Albrecht Schläger, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke und Arnold Tölg.

sidenten Beneš“ in Tschechien. Besonders bedauerlich sei, dass gerade dort, wo sich Völker „vor rund einem Vierteljahrhundert mühevoll aus den Fesseln des kommunistischen Unrechts befreien konnten“, heute erneut Einschränkungen demokratischer Grundrechte zu beobachten seien, bemerkte Fabritius mit Blick auf Rumänien und Polen.

Der Grundsatz, dass niemals ein Verbrechen ein anderes rechtfertige, gelte auch angesichts der grauenvollen NS-Verbrechen, die „den Hass der Völker auf Deutschland“ geschürt und Flucht und Vertreibung in diesem Ausmaß erst möglich gemacht hätten, betonte der BdV-Präsident. Gleichzeitig dankte er Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre ähnlich deutliche Aussage beim nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2018.

Dass Fabritius in diesem Zusammenhang das Engagement des BdV für Schutz und Förderung der Menschenrechte ansprach und seine letztjährige Forderung eines internationalen, kodifizierten und sanktionierten Vertreibungsverbotes erneuerte, bekam eine europapolitische Note durch den Hinweis auf die eigenen Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert. „Europa muss hier

Vorreiter sein und der Welt zeigen, dass wir mit Sanktionen gegen jeden vorgehen wollen, der sich in Zukunft Vertreibungen und ethnischer Säuberungen als Mittel der Interessensverwirklichung bedient und sich als Vertreiber betätigt“, so der BdV-Präsident.

Auch die Leitlinien der auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit des BdV skizzierte er dem Charta-Auftrag „Europa“ entsprechend. Erinnerungs- und Kulturpolitik sowie der Erhalt von Kulturschätzen und kultureller wie sprachlicher Identität seien mehr und mehr als grenzüberschreitende Aufträge zu begreifen. Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die Aussiedler und Spätaussiedler sowie die vielen Menschen, die sich heute frei zu den Anliegen und Zielen des Verbandes bekennen, würden hier im „Schulterschluss“ mit den „Heimatvertriebenen“ – den deutschen Minderheiten in den Heimat- und Herkunftsgebieten – arbeiten.

Aufgrund der „gemeinsamen interkulturellen Kompetenz sind wir Scharnier und Vermittler zwischen Deutschland und unseren östlichen Nachbarstaaten. Auch wenn es ein langsamer Prozess ist, so setzt sich diese Erkenntnis im Bewusstsein in Deutschland mehr und mehr durch“, freute sich Fabritius. Die politischen Rahmenbedingungen



Bundesinnenminister Horst Seehofer



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius

ausdrücklich lobend, machte er doch auch deutlich, dass angesichts der großen Chancen in diesem Arbeitsfeld jede Verbesserung den eingeschlagenen Weg weiter ebnen und verbreitern würde.

Abschließend thematisierte der BdV-Präsident zwei offene Anliegen aus dem Bereich der Spätaussiedler. Zum einen werde sich der Verband weiterhin dafür einsetzen, rentenrechtliche Benachteiligungen zu beseitigen, wegen derer insbesondere Deutsche aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion heute eine Rente unterhalb der Armutsgrenze erhielten – „auch wenn diese Menschen ihr Leben lang hart gearbeitet haben“. Und zum anderen müsse man „dort Angebote zur nachholenden Integration machen, wo Spätaussiedler ihre Rolle als Teil unserer Gesellschaft noch suchen“ und somit diese späten Opfer des Zweiten Weltkrieges, die als Deutsche nach Deutschland kommen, in ihrer Suche nach Heimat unterstützen.

Die genialste Antwort auf das größte Trümmerfeld der Geschichte

Horst Seehofer begann seine Festrede zur diesjährigen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat mit einem besonderen Zeichen der Verbundenheit: Er sei stolz, bekannte er, dass er als ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident über zehn Jahre hinweg Gelegenheit zur Begegnung mit den Heimatvertriebenen, insbesondere mit den Sudetendeutschen, gehabt und gemeinsam mit Hessen als erstes Bundesland einen eigenen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ins Leben gerufen habe. Dies seien Höhepunkte seiner Amtszeit gewesen.

Im Folgenden war Seehofers Rede von einer engen Verknüpfung politischer Handlungsfelder und Herausforderungen mit

den Erfahrungen, dem Einsatz und den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler gekennzeichnet. So sah er die Erweiterung seines Aufgabenbereiches um das Thema Heimat als große Chance, ressortübergreifend einerseits zu einem modernen Heimatbegriff zu kommen und andererseits die politischen Rahmenbedingungen derart zu setzen, dass Deutschland als Heimat auch zukünftig lebenswert bleibe.

In dem Zusammenhang würdigte er den millionenfachen, schmerzhaften Heimatverlust der deutschen Vertriebenen sowie das große Engagement für den Wiederaufbau der „neuen“ und für Versöhnungsgesten in die „alte“ Heimat über viele Jahrzehnte, wodurch er ihnen indirekt eine Rolle als Experten sowohl für die Themen „Heimat“ als auch „Europa“ bescheinigte. „Wir leben in der stabilsten Demokratie und dem besten Rechtsstaat, den es auf deutschem Boden jemals gab, und das verdanken wir auch Ihnen“, so der Minister wörtlich.

Europa bezeichnete er als „die genialste und beste Antwort auf das größte Trüm-

merfeld aller Zeiten. Und deshalb ist Europa auch heute der Schlüssel für die Herausforderungen unserer Zeit“. Es sei klar, dass die Unrechtsdekrete, „insbesondere die Beneš-Dekrete“, verschwinden müssten, zumal Europa „zuerst eine Wertegemeinschaft“ sei. Nur gemeinsam könne man etwa eine international zukunftsfähige Politik der „Humanität und Ordnung“ erreichen, über deren Grundsätze man sich gerade in mühevollen Verhandlungen einig zu werden versuche, erklärte Seehofer und ließ einen kurzen Ausflug in die aktuelle Migrationsdebatte folgen. Die deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler forderte er auf, ihre Rolle im europäischen Dialog weiter auszubauen. „Seien Sie starke Partner an unserer Seite, wir brauchen Sie dazu. Sie haben historisch beste Netzwerke und Verbindungen“, mahnte der Innenminister.

In Deutschland müsse die Debatte über einen modernen Heimatbegriff insbesondere unter dem Motto „gleichwertige Lebensverhältnisse“ geführt werden. Schon in der Vergangenheit, bei der Eingliederung der Vertriebenen, habe sich gezeigt, dass



Der Chor des DFK Broschütz (Oberschlesien) sorgte für musikalische Unterhaltung.

Fortsetzung auf Seite 8 ►

► Fortsetzung von Seite 7

große soziale Spannungen durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und eine nachfolgende Verbesserung der Lebensverhältnisse gelöst werden können.

Ähnliche Erfahrungen führte Seehofer auch aus Bayern an, wo eines seiner Ziele stets gewesen sei, unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten zwischen Ballungs- und Randräumen auszugleichen, um neue Perspektiven und Potenziale zu erschließen, gesellschaftliche Polarisierungen und Spaltungen zu heilen und mit den Siedlungsräumen auch kulturelle Vielfalt zu erhalten. Doch selbst wenn ihm aus diesen Gründen Vielfalt über Einfachheit gehe, gelte es, sich mit der Frage zu beschäftigen, was unsere Identität eigentlich ausmache und was „im Zusammenleben unserer Bevölkerung“ verbindlich sei.

Die Vertriebenen hätten beispielhaft vorgelebt, dass man „nicht nebeneinander oder gar gegeneinander“, sondern nur miteinander leben könne. Dies hätten sie nicht nur mit ihrer „Integration“, sondern auch mit ihrem ehrenamtlichen Engagement immer wieder unter Beweis gestellt. Aufgrund dessen benötige man die Vertriebenen und Spätaussiedler auch in diesem Bereich mit ihren Erfahrungen und ihrem Einsatz als Partner, so Seehofer, dessen Bekenntnis: „Ich trete entschieden als Bundesinnenminister dafür ein, dass dieser Tag der Heimat für immer seine Bedeutung behalten wird“, mit großem Applaus bedacht wurde.



Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme (vorne v.l.): Innensenator Andreas Geisel, BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, BdV-Landesvorsitzender Rüdiger Jakesch (Fotos: BdV/Bildkraftwerk).

Weitere Zusammenführung Europas als wichtiges Ziel

Im Geistlichen Wort deutete der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, das Leitwort aus geistlicher Sicht. So gelte es, abseits von juristischen Auseinandersetzungen über „Unrechtsdekrete“ und trotz existierenden Unrechts das Zusammenleben zwischen den Menschen zu gestalten – „zu einer Form des Miteinanders zu kommen, die diese Frage nicht ausklammert, aber doch ein Miteinander möglich macht“. Es sei wichtig, wie im Leitwort enthalten, „das gemeinsame Haus Europa nicht zu vergessen“, es zusammenzuführen und zukünftig weiter auszubauen.

Ganz im Sinne dieses Leitwortes konnte neben den schon traditionell die Veranstaltung musikalisch umrahmenden Potsdamer Turmbläsern unter Bernhard Bosecker der Chor des Deutschen Freundschaftskreises Broschütz (Oberschlesien) namens „Brosci Chorus“ in Berlin begrüßt werden und brachte einige Lieder aus seinem Repertoire dar.

Würdiges Totengedenken an der „Ewigen Flamme“

Beim würdigen Totengedenken am Mahnmahl der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, sprachen wie im Vorjahr der Berliner Innensenator Andreas Geisel, der Berliner Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. Die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, die Landsmannschaften sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen ließen zu Ehren der Toten Kränze niederlegen.

Marc-P. Halatsch



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßt Bundesinnenminister Horst Seehofer als Festredner beim Tag der Heimat.



BdV – Bund der Vertriebenen

Vereinigte Landsmannschaften
und Landesverbände e.V.

Godesberger Allee 72 – 74

53175 Bonn

Telefon 0228 81007-0

Telefax 0228 81007-52

E-Mail info@bdvbund.de

Web www.bund-der-vertriebenen.de

Beispiel Hessen macht Schule

Erstes Treffen der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Das Beispiel Hessen macht Schule! Seit dem Jahr 1999 bestellt die Hessische Landesregierung eine/n Landesbeauftragte/n für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Lange Zeit war Hessen das einzige Bundesland, in dem bis zum Jahr 2009 Rudolf Friedrich und seither mit Margarete Ziegler-Raschdorf Landesbeauftragte für deren Belange zuständig sind.

2016 folgte Baden-Württemberg, wo Innenminister Thomas Strobl das Amt des Beauftragten wahrnimmt. In diesem Jahr haben weitere Länder ebenfalls eigene Landesbeauftragte/n für diese Themengebiete berufen. Seit Jahresanfang ist in Nordrhein-Westfalen Heiko Hendriks „Beauftragter für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler“. Das Land Niedersachsen folgte mit der Berufung von MdL Editha Westmann und das Land Bayern mit MdL Sylvia Stierstorfer. Anlässlich des Nationalen Gedenktages



Treffen der Landesbeauftragten: (v.l.) Landesbeauftragte Hessen Margarete Ziegler-Raschdorf; Vertreterin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Referatsleiterin Ines Berg; Landesbeauftragte Bayern, MdL Sylvia Stierstorfer; Landesbeauftragter Sachsen, Mitarbeiter im Innenministerium, Dr. Jens Baumann; Bundesbeauftragter Dr. Bernd Fabritius; Landesbeauftragte Niedersachsen, MdL Editha Westmann; Referatsleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dr. Britta Bopf; Vertreter des Landes Baden-Württemberg, ehem. Abteilungsleiter Herbert Hellstern. (Foto: BMI)

für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2018 wurde schließlich auch in Sachsen der Mitarbeiter im Innenministe-

rium, Dr. Jens Baumann, mit dieser Aufgabe betraut.

Auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, kamen Landesbeauftragte und Entsandte der Staatskanzleien erstmals zu einer Arbeitsbesprechung im Bundesministerium des Innern in Berlin zusammen. Als Dienstälteste unter ihnen freut sich Margarete Ziegler-Raschdorf über die Berufung der neuen Kolleginnen und Kollegen: „Ich begrüße, dass immer mehr Landesregierungen unserem Thema einen hohen Stellenwert einräumen. Nachdem inzwischen bundesweit sechs Landesbeauftragte im Amt sind, haben wir beschlossen, künftig eng zusammen zu arbeiten. Dazu war ein gegenseitiges Kennenlernen und erster Gedankenaustausch ausgesprochen wichtig.“

Politischer Gedankenaustausch

BdV-Landesvorstand besucht CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Es ist guter Brauch, dass sich Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Land Hessen mit dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann bei Fraktionen im Hessischen Landtag zu Informationsgesprächen treffen und dabei einen vertrauensvollen Gedankenaustausch pflegen. Kürzlich fand dies auf Einladung des Vorsitzenden der Fraktion der Christlich Demokratischen Union (CDU), Michael Boddenberg, erneut im CDU-Fraktionszimmer des Hessischen Landtages statt.

An dem Gespräch beteiligten sich die Mitglieder des Hessischen Landtages Irmgard Klaff-Isselmann, Ulrich Casper und Andreas Hofmeister sowie die stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden Wilhelm Beer und Reinhard Schwarz und BdV-Pressere-

ferent Helmut Brandl. BdV-Landesvorsitzender Ortmann dankte der CDU-Fraktion für den regelmäßig zustande kommenden



Im Landtag: (v.l.) Ulrich Caspar, Michael Boddenberg, Siegbert Ortmann, Irmgard Klaff-Isselmann, Reinhard Schwarz, Andreas Hofmeister, Wilhelm Beer und Helmut Brandl (Foto: BdV Hessen)

Gedankenaustausch. Er berichtete über die breite Palette der im Wiesbadener Haus der Heimat anstehenden Themenbereiche, die dank der finanziellen Unterstützung durch die Hessische Landesregierung von der

BdV-Landesgeschäftsstelle bewältigt werden können. Ortmann ging dabei auch auf die jährlichen Großveranstaltungen ein, wie den Tag der Vertriebenen beim alljährlichen Hessentag sowie den Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation in Verbindung mit dem Zentralen Tag der Heimat im Biebricher Schloss. Ortmann berichtete zudem über die zahlreichen Ausstellungen im Haus der Heimat, die Kulturellen Sommer- und Wintertage des BdV sowie über die verständigungspolitischen Fahrten mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk, einer Gründung des BdV-Landesverbandes Hessen.

Fraktionsvorsitzender Boddenberg versprach, den BdV-Landesverband Hessen auch weiterhin bei seinen vielfältigen Tätigkeiten zu unterstützen.

Ministerpräsident Bouffier lädt zum Jahresgespräch

Verbände der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu Gast in der Staatskanzlei

Seit 1999 ist es guter Brauch, dass der Hessische Ministerpräsident die Verbände und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen sowie Spätaussiedler zu einem ausführlichen Gedankenaustausch einlädt. Auch in diesem Jahr empfing Volker Bouffier gemeinsam mit Kultusminister Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz, Sozialminister Stefan Grüttner und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, deren Vertreter in der Staatskanzlei, um mit ihnen über aktuelle Themen zu sprechen.

Annähernd 50 Vertreterinnen und Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) sowie der Landsmannschaften und Spätaussiedlerverbände waren der Einladung zum alljährlichen Treffen in den Büchner-Saal der Staatskanzlei gerne gefolgt. Der BdV wurde vertreten durch seinen Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMDR) durch ihren Bundes- und Landesvorsitzenden, Johann Thießen. Auch die beiden Landtagsabgeordneten Irmgard Klaff-Isselmann und Ulrich Caspar nahmen an der „vertrauten Runde“, wie es der Ministerpräsident nannte, teil. In seiner Begrüßungsansprache versicherte der Ministerpräsident, der über seine donauschwäbische Mutter selbst einen Vertreibungshintergrund besitzt, dass den Verbänden der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hessen eine besondere Wertschätzung zuteil werde. In der Landesregierung hätten diese jederzeit einen verlässlichen und starken Partner an ihrer Seite. Dabei hob er die

Arbeit der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf hervor und dankte ihr für ihr großes Engagement.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung nutzte der Ministerpräsident die Gelegenheit, mit Rosa Emich und Svetlana Paschenko zwei langjährige Projektleiterinnen des großen in den Jahren 1999 bis 2017 von der LMDR durchgeführten Multiplikatorenprojektes in der Integrationsarbeit für Spätaussiedler zu ehren und ihnen im Namen der Landesregierung seine ausdrückliche Anerkennung für ihren außergewöhnlichen Einsatz auszusprechen. Ehe die Anwesenden von der Möglichkeit, Fragen und Anregungen an die Regierungsmitglieder zu richten, ausgiebig Gebrauch machten, bedankte sich der BdV-Vorsitzende Siegbert Ortmann bei der Landesregierung für das große Wohlwollen und die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Er erinnerte in diesem Zusammenhang nochmals an die Verleihung der BdV-Verdienstmedaille an den Ministerpräsidenten, der für seine Leistungen auf dem Gebiet der Vertriebenenpolitik anlässlich des Hessentages im Mai in Korbach mit der höchsten Auszeichnung des Landesverbandes geehrt worden war. Ministerpräsident Bouffier bedankte sich hierfür noch einmal in aller Form und versicherte, dass ihm diese besondere Würdigung „Ehre und Verpflichtung zugleich“ sei.

Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenarbeit

Das Gespräch mit den Regierungsmitgliedern war vor allem von Fragen geprägt, die

sich mit Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenarbeit befassen. Verstärkt wurde die Frage diskutiert, wie die Jugend für die Thematik von Flucht und Vertreibung der Deutschen infolge des Zweiten Weltkriegs interessiert werden könne. So berichteten mehrere der Anwesenden, dass es trotz gezielter Ansprache kaum gelänge, Schulklassen beispielsweise für den Besuch von Ausstellungen zu gewinnen. Ministerpräsident Bouffier regte an, hier neue Wege zu beschreiten: „Wir müssen in den Schulen ein Bedürfnis erzeugen, sich damit zu befassen.“ Die Landesregierung habe bereits viel unternommen, um das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht fest zu verankern, doch es sei ebenso wichtig, die Neugier auf die Herkunft der Großeltern auch jenseits der Schule zu wecken. „Ich glaube nach wie vor, dass junge Menschen Interesse an Geschichte haben“, gab sich der Ministerpräsident überzeugt. Aus diesem Grund seien hier gerade auch die Heimatvertriebenen gefragt: „Lebenserfahrung ist wertvoll, wenn man anderen daraus berichten kann.“ Durch die Vermittlung ihrer reichhaltigen Erfahrungen könnten die Heimatvertriebenen dazu beitragen, jüngere Menschen für das Thema zu begeistern. Die Aufgabe, die Jugend miteinzubeziehen, um die Erinnerung an die Vertreibung zu bewahren und den Fortbestand des aus der alten Heimat überlieferten Erbes zu sichern, stelle sich ebenso der Politik wie den Vertriebenenverbänden: „Je breiter wir uns dabei aufstellen, desto eher können wir unsere Anliegen vertreten.“ Vor allem dürfe die



Ministerpräsident Volker Bouffier mit der langjährigen Projektleiterin der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Rosa Emich aus Fulda.



Ministerpräsident Volker Bouffier mit der langjährigen Projektleiterin der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Svetlana Paschenko aus Kassel.

Deutungshoheit über die Geschichte nicht den Falschen überlassen werden, meinte der Ministerpräsident mit Blick auf den aufkeimenden Populismus in ganz Europa. Kultusminister Prof. Dr. Lorz griff die Anregung aus der Runde, die komplexe Materie von Ostsiedlung und Vertreibung verstärkt im Geschichtsunterricht aufzugreifen, gerne auf. Er bekundete als „Fan des Fachs Geschichte“ große Sympathien für den Vorschlag und sagte zu, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen. Auch wies er auf seine Veranlassung hin, das für das Land Nordrhein-Westfalen entwickelte online abrufbare multimediale Schulbuch „mBook – Russlanddeutsche Kulturgeschichte“ an hessischen Schulen bekanntzumachen. Das bevorstehende Jubiläum der im Herbst 1918 begründeten deutschen Autonomie an der Wolga, aus welcher 1924 eine eigene autonome Republik für die wolgadeutschen Siedler innerhalb des sowjetischen Staatsverbands hervorging, biete einen hervorragenden Anknüpfungspunkt, um das Thema Spätaussiedler an den Schulen aufzugreifen. „Ich bin gespannt, was hierzu im Herbst von den Schulen zurückgemeldet wird.“

Die Geschäftsführerin der Deutschen Jugend aus Russland (DJR), Albina Nazarens-Vetter, dankte der Landesregierung für ihre Leistungen auf dem Gebiet der Integrationsarbeit für Spätaussiedler und zeigte sich sehr froh darüber, in Hessen immer einen verlässlichen Ansprechpartner zu finden. Allerdings sei der Eingliederungsprozess noch längst nicht abgeschlossen. Die Spätaussiedlerverbände seien bereit, sich diesen zum Teil auch schwierigen Herausforderungen zu stellen, benötigten hierzu jedoch auch künftig die Unterstützung des



Ministerpräsident Volker Bouffier (Bildmitte) ließ die Vertreter der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände in der Staatskanzlei herzlich willkommen. Sozialminister Stefan Grüttner (hintere Reihe, 4. v. l.); Kultusminister Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz (zweite Reihe, 3. v. r.); Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (vordere Reihe, 3. v. r.) und BdV-Vorsitzender Siegbert Ortmann (4. v. l.)

Landes. Sozialminister Grüttner versicherte ihr, dass sich die Spätaussiedler immer auf die Hilfestellung aus dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration verlassen könnten: „Wir werden versuchen, unsere gemeinsamen Ziele zusammen zu erreichen.“

Neben dem Bewahren des kulturellen Erbes, ging der Ministerpräsident auf eine weitere wesentliche Aufgabe für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Gegenwart und Zukunft ein. Es komme ihm zufolge heute verstärkt darauf an, nach vorne zu schauen und den Blick auf die Probleme der Gegenwart zu richten. Angesichts der teilweise sehr bedenklichen politischen Entwicklungen in den Herkunftsgebieten in Ost- und Ostmitteleuropa, könnten gerade die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler mit ihren persönlichen Kontakten

dorthin als Vermittler wirken. Austausch und Verständigung beginne mit persönlicher Begegnung. „In einer Zeit, in der viele Menschen verunsichert sind, wird die Arbeit der Vertriebenenverbände daher nicht weniger wichtig, sondern sogar wichtiger“, so Volker Bouffier. Er sagte den Anwesenden zu, sich darum zu bemühen, für ihre gesellschaftlich und kulturell

überaus wertvolle Arbeit auch künftig solide Rahmenbedingungen im Land zu schaffen und diese auch fortzuentwickeln. Er habe großes Verständnis für die Anliegen der Deutschen aus Russland für eine institutionelle Förderung ihrer Organisation, die Einrichtung eines Kulturreferates wie auch die Einrichtung eines Lehrstuhls für russlanddeutsche Geschichte und werde diese Punkte gerne prüfen.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf unterstrich die Bedeutung der gegenseitigen Verständigung durch persönliche Begegnungen. Sie stehe im Hinblick auf den Jugendaustausch im Gespräch mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk (DEB), einer Tochterorganisation des BdV, um künftig auch Exkursionen von Schulklassen in die Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen zu organisieren. „Es ist sehr wichtig, Schülerinnen und Schüler für den Besuch beispielsweise in den ehemaligen Ostgebieten zu begeistern. Ich werde dieses Thema weiterhin mit Nachdruck verfolgen“, so Margarete Ziegler-Raschdorf, die sich sehr zufrieden mit dem Gespräch in der Staatskanzlei zeigte. Sie bedankte sich bei Ministerpräsident Bouffier und den beiden Ministern für die kontinuierliche Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler: „Wir haben heute erneut gesehen, wie viel der Hessischen Landesregierung an einer engen Verbindung zu den Vertriebenenverbänden liegt. Einmal mehr wurde deutlich, dass für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in unserem Land sehr viel geleistet wird“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend. ■



Ministerpräsident Volker Bouffier ließ die Vertreter der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände in der Staatskanzlei herzlich willkommen. (Fotos: Hessische Staatskanzlei)

Gedenken und Nachdenken

Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat im Biebricher Schloss

Die Hessische Landesregierung und der hessische Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) hatten zum 5. Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und zum zentralen Tag der Heimat unter dem Leitwort „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ ein weiteres Mal in die Rotunde des Barockschlosses zu Wiesbaden-Biebrich eingeladen.

Neben dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, dem Landtagspräsidenten Norbert Kartmann, den Ministern Stefan Grüttner (Soziales und Integration) und Prof. Dr. Alexander Lorz (Kultur) sowie der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, konnte BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann die Landtagsabgeordneten Ulrich Caspar (CDU), Klaus Diez (CDU), Wolfgang Greilich (FDP), Stephan Grüger (SPD), Horst Klee (CDU), Andreas Hofmeister (CDU), von der Stadt Wiesbaden die Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel, den Stadtrat Markus Gaßner in Vertretung des Oberbürgermeisters Sven Gerich und Vertreter von Sozialverbänden, von BdV-Nachbarverbänden sowie Angehörige landsmannschaftlicher Gruppierungen und Besucher aus ganz Hessen begrüßen.

In seinen Begrüßungsworten ging Ortmann auf die Bedeutung dieses Tages, sowohl auf den Hessischen Gedenktag als auch auf den

zentralen Tag der Heimat ein: „Dieser staatliche Gedenktag ist deshalb so wichtig, weil er doch Wesentliches in Erinnerung ruft, vor dem Vergessen bewahrt und zum Nachdenken anregen soll. Und damit steht dieser Gedenktag gleichzeitig im Zusammenhang mit einer Erinnerungskultur, die sich jedoch staatlich nicht verordnen lässt. So bleibt es vor allem bei den Vertriebenenorganisationen, den Landsmannschaften und in erster Linie bei deren Dachverband, dem Bund der Vertriebenen, der Allgemeinheit ausreichend seriöse Angebote zu machen, um sich den Fragen von Gegenwart und Zukunft vor dem Hintergrund der leidvollen Vergangenheit zu stellen. In diesem Jahr steht der Tag der Heimat beim Bund der Vertriebenen bundesweit unter dem besonderen Leitwort ‚Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen‘ und greift damit im doppelten Sinne das Anliegen der Vertriebenen und Spätaussiedler für ein vereintes Europa auf. So ist der Einsatz für die grenzüberschreitende Verständigung auf allen Verbandsebenen in seiner Bedeutung heute nicht hoch genug einzuschätzen.“ Zu den auch in Deutschland zunehmend rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen sagte Ortmann: „Als Bund der Vertriebenen sind wir zwar parteipolitisch neutral, doch sollten wir nach meiner festen Überzeugung dieser unsäglichen Entwicklung entschieden, vor allem aber geschlossen nach den uns gegebenen Möglichkeiten entgegenwirken.“



Ministerpräsident Volker Bouffier

Markus Gaßner hatte in seinem Grußwort die enge Verbindung der Heimatvertriebenen mit Wiesbaden hervorgehoben und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Bedeutung des Wiesbadener Abkommens. Dabei lobte er die hohe Symbolkraft, die nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg von diesem Geschehen ausging. Gemäß ihrem Auftrag, an einer gerechten Völker- und Friedensordnung in Europa mitzuwirken, wurde bereits am 4. August 1950 in Wiesbaden ein Übereinkommen zwischen Vertretern des Tschechischen Nationalausschusses und der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen getroffen. Dieses sogenannte „Wiesbadener Abkommen“ sei um so höher zu bewerten, da es zu einer Zeit getroffen wurde, als der gewaltsame Verlust von Haus, Hof und Heimat noch tiefe und unvernarbte Wunden hinterlassen habe.

„Heimat vermittelt eine kraftvolle Botschaft, eine Botschaft, die nicht zutiefst



Gedenkveranstaltung in der Rotunde des Biebricher Schlosses in Wiesbaden. (Fotos: Hessischen Staatskanzlei / BdV Hessen)



BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann (re.) begrüßt den Festredner Bernard Gaida

Vergangenenes meint, sondern die für den Zusammenhalt der Gesellschaft steht.“ Ministerpräsident Volker Bouffier ging in seiner Ansprache zum Hessischen Gedenktag mit diesen Worten auf den Begriff „Heimat“ ein, der derzeit in unserer globalisierten Welt für viele Menschen ein Gefühl von Geborgenheit verkörpere. Hessen wurde für rund eine Million Vertriebene und Flüchtlinge – darunter 400.000 Sudetendeutsche, 200.000 Schlesier und 100.000 Ostpreußen – nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem neuen Zuhause. Die Aufnahme und Integration dieser Menschen zähle zu den größten Erfolgen in der hessischen Geschichte. Bouffier würdigte in diesem Zusammenhang die Leistung der Vertriebenen beim Wiederaufbau dieses Landes nach dem Krieg: „Sie haben einen entscheidenden Anteil daran, dass Hessen heute so erfolgreich dasteht.“ Es sei wichtig, die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen wach zu halten: „Wir müssen junge Menschen mit diesen historischen Erfahrungen konfrontieren.“ Deswegen sei das Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg“ in hessischen Schulen seit dem Schuljahr 2017/18 im Kerncurriculum für die Oberstufe im Fach Geschichte festgeschrieben.

Gleichzeitig richtete der Ministerpräsident auch den Blick auf die derzeit herrschende Flüchtlingsbewegung und die für ganz Europa daraus erwachsenden humanitären Herausforderungen: „Europa leistet in der Migrationsbewegung humanitär sehr viel. Das ist aber nur machbar, wenn wir auch begrenzen und steuern, Integrationsbereitschaft einfordern und die Sicherheit im Blick haben. Stärker als jemals zuvor brauchen wir den europäischen Geist und die Besinnung auf gemeinsame europäische Werte, um dieses größte Friedensprojekt in der Geschichte nicht zu gefährden.“ Ganz

im Sinne der Charta der Vertriebenen von 1950 müsse es das gemeinsame Ziel sein, immer wieder für ein geeintes Europa einzutreten, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. „Und deswegen sind Nationalismus und Populismus der falsche Weg. Das haben wir aus der Geschichte gelernt und deshalb treten wir mit Vehemenz für diese Einigung Europas ein. Das ist unsere Zukunft.“

In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste für die Heimatvertriebenen wurde dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier vom Bundesvorsitzenden der schlesischen Landsmannschaft, Stephan Rauhut, der „Schlesienschild“, die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft, verliehen. Es sei eine Ehrung, mit der letztlich viele engagierte Menschen in Hessen stellvertretend ausgezeichnet würden, die sich für die Belange der Landsmannschaften einsetzen, so Bouffier in seinen Dankesworten.

Als Festredner konnte BdV-Vorsitzender Ortmann Bernard Gaida begrüßen. Gaida ist Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN). Für sein Wirken wurde er in Polen mit dem Silbernen Verdienstkreuz der Republik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Gaida berichtete über die Situation und das Wirken der deutschen Minderheit in Polen und dem Problem einer seit kurzem immer weitergehenden beruflichen Ausgrenzung der Bürger, die außer der polnischen noch eine andere Staatsangehörigkeit besäßen. So fielen es den meisten Polen auch schwer, die Geschichte der Deutschen im heutigen Polen objektiv darzustellen, vor allem in der Nachkriegszeit. „Die meisten Deutschen, die in Polen leben, sind ehemalige Bürger Deutschlands oder deren Nachkommen, die dank des Grundgesetzes

der Bundesrepublik ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten haben. Das ist für uns ein besonders wichtiges Merkmal der deutschen Identität“, so Gaida. Für diese Menschen sei aber eine klare Unterstützung durch den deutschen Staat notwendig, betonte er. Diese Hilfe solle vor allem im Bereich der Bildung, des Schulwesens und der Sprachförderung zum Einsatz kommen. „Mein Land ist voll von Ruinen des deutschen Kulturerbes und verfügt über Denkmäler wie das Schloss in Lubowitz, wo Josef Freiherr von Eichendorff geboren wurde. Aus diesem Grund versuchen wir unser deutsches Kulturerbe zu einem Erbe des Landes zu machen durch allerlei Unterstützung, die zu einer multikulturellen, modernen und demokratischen Gesellschaft führt. Heute als deutsche Volksgruppe können wir uns ruhig als diejenigen bezeichnen, die die deutsche Kultur im europäischen Ausland verbreiten. Wir gehören in Polen zu den europäischen Minderheiten, die gezwungen sind, etwas wiederaufzubauen und nicht nur zu pflegen. Unsere Förderer verstehen das nicht immer.“ Es sei bestimmt nicht schlecht, so Gaida abschließend, dass am Tag der Heimat nicht nur Geschichten über die Vertreibung erzählt würden, sondern auch über die Gegenwart der Deutschen „dort drüben“ berichtet wird, über die in Deutschland oft nur Wenige etwas wissen.

Der Festakt wurde von der Blaskapelle Weindorf Johannisberg, der ChorArt Rheingau und dem Dialog Quartett mitgestaltet.

Helmut Brandl



Gruppenfoto mit Ministerpräsident Volker Bouffier (Mitte), der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf (re.), dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann (hinten re.), MdL Ulrich Caspar (hinten 2. v.r.), dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut (li.) und Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (2.v.r.)

Ort der Erinnerung

Mitglieder des BdV-Landesverbandes zu Besuch im Freilichtmuseum Hessenpark

Mitglieder des Landesvorstandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) Hessen e.V. besuchten mit dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, das Freilichtmuseum Hessenpark in Neu-Anspach mit der Ausstellung „Vertriebene in Hessen“.

Ziel des Besuchs war, sich über die derzeit geplanten Sanierungsarbeiten am Ausstellungsgebäude „Haus Sterzhausen“ sowie über die Ideen und das Konzept einer gleichzeitigen Überarbeitung der jetzigen Ausstellung zum Thema „Vertriebene in Hessen“ zu informieren.

Im Beisein des Museumsleiters Jens Scheller vermittelte die wissenschaftliche Mitarbeiterin Ulrike von Bothmer einen Überblick über den Stand der derzeitigen Ausstellung mit den Bereichen „Flucht und Vertreibung“ und „Ankunft und Integration“ der Heimatvertriebenen in Hessen. Da-

rüber hinaus stellte von Bothmer die inhaltlichen Ziele einer anstehenden Überarbeitung des Ausstellungsgutes nach der Eröffnung im Jahre 1987 und einer im Jahre 2002 inzwischen durchgeführten Fortschreibung vor.

Bei der bevorstehenden Überarbeitung sollen vor allem bisherige Erkenntnisse über Interaktion und Multimedia in Museen verstärkt mit einfließen, um dem Auftrag der Erziehung und Bildung, mindestens aber der Motivierung des Besuchers gerecht zu werden, um sich danach selbst mit dem Thema besser auseinanderzusetzen zu können.



Besuch im Hessenpark vor dem „Haus Sterzhausen“: (v.l.) Wilhelm Beer, Johann Thießen, BdV-Vorsitzender Siegbert Ortmann, Margarete Ziegler-Raschdorf, Ulrike von Bothmer, Dr. Martin Sprungala, Reinhard Schwarz, Helmut Brandl und BdV-Geschäftsführerin Jolanta Lemm (Foto: LBHS)

Die Besucher des BdV-Landesverbandes Hessen haben für die Neukonzeption der Ausstellung eine inhaltliche Beratung bei der Aktualisierung und möglichen Ergänzung der einzelnen Themenbereiche zugesagt. ■



Teilnehmer des Arbeitsgesprächs: (v.l.) Siegbert Ortmann, Egon Primas, Wilhelm Beer und Reinhard Schwarz (Foto: BdV Hessen)

Zu einer intensiven Arbeitstagung trafen sich kürzlich die BdV-Landesvorsitzenden von Hessen, Siegbert Ortmann (MdL a.D.), und von Thüringen, Egon Primas (MdL), im Haus der Heimat in Wiesbaden. Auf hessischer Seite nahmen auch die beiden stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden Reinhard Schwarz und Wilhelm Beer an dieser hochinteressanten Begegnung teil. Aktuelle Gesprächsstoff gab es reichlich und so ging es dabei zum einen um verbandsinterne Themen aus dem BdV-Bundesverband und zum anderen um Überlegungen einer engeren zukünftigen Zusammenarbeit zwischen den beiden BdV-Nachbarverbänden in Hessen und Thüringen über aktuelle Ver-

Intensive innerverbandliche Aussprache

Arbeitstreffen der BdV-Landesverbände von Hessen und Thüringen

bandsprobleme. Da bekanntlich die Mitgliederentwicklung überall stark rückläufig ist, gehe es vor allem darum, sich nach neuen Chancen und Potentialen der Zukunft des Bundes der Vertriebenen umzusehen. Und dabei laute, so Egon Primas, die alles entscheidende Frage: „Wie können neue Mitglieder überhaupt noch gewonnen werden?“

Eine schnelle Antwort gebe es für diese Herausforderung nicht, doch waren sich die beiden BdV-Landesvorsitzenden einig, dass sich mit Mut zu Veränderungen langfristig eine zukunftsorientierte Verbandsentwicklung durchaus erzielen lasse. Hierzu habe vor einiger Zeit der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, einige Anregungen über eine mögliche Anpassung der Ziele des BdV gemacht und sogar eine Ausweitung des Verbandsnamens vorgeschlagen. Der thüringische BdV-Landesvorsitzende forderte in diesem Zusammenhang ein gemeinsames und ergebnisoffenes Vorgehen, das allerdings auch genügend Zeit brauche, damit die Mitgliedschaft bei

einem solchen Findungsprozess mitgenommen werden könne.

Der hessische Landesvorsitzende Siegbert Ortmann machte die Zukunft der von den Vertriebenenverbänden in den Bundesländern unterhaltenen Heimatstuben und Archiven zum Gegenstand der weiteren Aussprache. Seiner Ansicht nach müsse der Bestand des erhaltenswerten Kulturgutes der Vertriebenen landesweit dauerhaft gesichert werden und damit im Bewusstsein aller Deutschen, nicht nur der Heimatvertriebenen erhalten bleiben. Dazu werde es in Hessen demnächst einen Gedankenaustausch mit dem Hessischen Museumsverband in Kassel geben mit dem Ziel, flächendeckende Lösungsansätze zu diesem für den BdV so wichtigen Thema zu finden.

Am Ende dieses mehrstündigen Arbeitsgesprächs waren sich die Teilnehmer einig, dass die Probleme des Bundes der Vertriebenen über Landesgrenzen hinweg nur gemeinsam zu lösen seien. ■

Regelmäßiger Gedankenaustausch vorteilhaft

BdV zu Gast bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung



Offene Gespräche: (v.l.) Jolanta Lemm, Gerolf Fritsche, Siegbert Ortmann, Dr. Alexander Jehn, Reinhard Schwarz und Wilhelm Beer

Vorstandsmitglieder des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) besuchten die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) in Wiesbaden auf Einladung ihres Direktors Dr. Alexander Jehn.

BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann nahm dabei die Gelegenheit wahr, während der Zusammenkunft auch die Anliegen des hessischen Heimatvertriebenenverbandes vorzutragen. Immer wieder würden Mit-

glieder seiner Organisation Kritik üben, dass diese politisch unabhängige Landeseinrichtung bei ihren umfangreichen Publikationsangeboten das Thema „Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg“ zu wenig berücksichtige und damit den politisch Interessierten, aber vor allem auch den Schu-

len im Lande, wichtige geschichtliche Informationen vorenthalte.

Bei dem sehr offenen und inhaltsvollen Gespräch mit Dr. Jehn und weiteren Mitarbeitern der Landeszentrale wurden den BdV-Vertretern die grundsätzlichen Probleme bei der Erstellung eines aktuellen und allgemein interessierenden Publikationsverzeichnisses aufgezeigt und insoweit auch um Verständnis für das ständig zu treffende und die Allgemeinheit überzeu-

gende Auswahlverfahren im aktuellen Bücherbestand gebeten. Dabei spiele auch die Digitalisierung beim vorzuhaltenden Themenspektrum eine immer größere Rolle.

Bei den jungen Menschen kämen nun einmal geschichtliche Darstellungen in Form von Bildern und Karten mit aussagekräftigen Kurzbeschreibungen eher an, als die althergebrachten „dicken Bücher“, die keiner mehr lesen will. Und so stehe weiterhin über allem, so Dr. Jehn, auch im digitalen Zeitalter die permanente Aufgabe der HLZ, die Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Bewusstseins durch zeitgerechte öffentliche Bildungsarbeit zu fördern.

Ortmann bestätigte in seinem Statement über die Zukunftsorientierung des Bundes der Vertriebenen ebenfalls die Notwendigkeit von Mut zur Veränderung bei einer zeitgemäßen und verständlichen Neugestaltung seiner Organisation. Er schlug für die Zukunft einen regelmäßigen Gedankenaustausch über anstehende Problemgestaltungen mit Vertretern der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung vor. ■

Die Zeitung der hessischen Landeshauptstadt

BdV-Landesverband Hessen besucht den Wiesbadener Kurier

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sowie der Geschäftsführung des BdV-Landesverbandes mit dem Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann informierten sich kürzlich bei der Redaktionsleitung des Wiesbadener Kuriers über die Nutzung unterschiedlichster Medienangebote.

Während des Besuchs im Wiesbadener Presseshaus stellte Chefredakteur Stefan Schröder das Medienhaus Rhein-Main-Presse mit seinen Produkten vor. Nach den Worten des Chefredakteurs enthalten die Print- und digitalen Angebote des Wiesbadener Kuriers die wichtigsten Informationen und Hintergründe zum Geschehen der Stadt, im Rheingau-Taunus und im Main-Taunus-Kreis. Die Nähe zu den Schaltstellen der Landespolitik, Parlament, Staatskanzlei und Ministerien seien beim Inhaltsangebot für die Leser, User und Kunden rund um die Uhr vorteilhaft. Neben der herkömmlichen Tageszeitung auf Papier gibt es die

Tageszeitung derzeit auch digital als E-Paper, News-App, Online-Portal, bei Facebook, auf Twitter und Instagram. Auch den Messenger-Service WhatsApp kann man exklusiv abonnieren.

Befragt nach der künftigen Entwicklung des Wiesbadener Kuriers und des Wiesbadener Tagblatts, bestätigte Schröder den Trend von Print zu Digital. Dabei müsse jede Redaktionsleitung einen ausgewogenen Mix von Angeboten bereitstellen, der auf die Vorlieben und Gewohnheiten der Zielgruppen abgestimmt sei. Dies werde durch Befragungen und Verhaltensanalysen bei den Lesern und Kunden sichergestellt.

Im Rahmen der derzeitigen und weiteren Entwicklung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BdV-Landesverbandes Hessen diskutierte man auch die Möglichkeiten der Informationsschnittstelle zu den Print-Medien/Tageszeitungen und hier spe-



Zu Gast beim Wiesbadener Kurier: (v.l.) Siegbert Ortmann, Stefan Schröder, Jolanta Lemm und Reinhard Schwarz

ziell zum Wiesbadener Kurier. Ein Recht auf Veröffentlichung zur Verfügung gestellter Nachrichten durch Vereine, Verbände und sonstiger Institutionen gebe es nicht. Hier entscheide jeweils die zuständige Redaktion „was wichtig ist“. In diesem Zusammenhang sei in letzter Zeit eine verstärkte eigenständige Entwicklung der Vereine etc. bei der Informationsweitergabe von Vereinsnachrichten durch Internet und soziale Netzwerke spürbar. ■

Erinnerung an den Beginn der deutschen Autonomie an der Wolga vor 100 Jahren

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf bei Historischer Fachtagung in Berlin

Vor 100 Jahren, am 19. Oktober 1918 war den deutschen Siedlern an der Wolga infolge der Russischen Revolution ein eigenes Autonomiegebiet zugestanden worden, aus welchem sechs Jahre später im Jahr 1924 die sogenannte Wolgarepublik hervorgehen sollte. Anlass für die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Deutsche Gesellschaft e.V. und das Nordost-Institut an der Universität Hamburg, sich im Rahmen der wissenschaftlichen Fachtagung: „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik – Russlanddeutsche zwischen Autonomie und Nichtanerkennung“ näher mit dem Thema zu befassen.

Der frühere Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, verdeutlichte in seiner Begrüßung als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft, mit welch großen Hoffnungen und Erwartungen seinerzeit für die Wolgadeutschen das Zugeständnis einer eigenen Autonomie innerhalb des russischen Staatsverbandes angesichts der Anfeindungen während des Ersten Weltkriegs verbunden gewesen sei. Sie hätten darin die Chance auf Wiedererlangung und Sicherung ihrer bürgerlichen Rechte gesehen. Jedoch seien

diese Hoffnungen durch die Zunahme des stalinistischen Terrors bitter enttäuscht und nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion sei die Wolgarepublik schließlich zerschlagen worden. „Mit der Deportation 1941 hat die bitterste Leidenszeit der Russlanddeutschen begonnen, die erst mit Glasnost und Perestroika unter Gorbatschow endete“, erklärte Koschyk. Im Ergebnis sei eine Rehabilitierung der Wolgadeutschen und die Wiederherstellung autonomer Selbstverwaltung jedoch ausgeblieben, was erheblich zur Aussiedlung von rund 2,5 Mio. Russlanddeutschen in die Bundesrepublik Deutschland beigetragen habe. Aufgrund ihres schweren Kriegsfolgeschicksals mahnte Koschyk daher eine fortdauernde „besondere Obhutspflicht der Bundesrepublik“ gegenüber den Russlanddeutschen in Deutschland, aber auch den Deutschen in Russland an. Dies bekräftigte sein Nachfolger im Amt des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Bernd Fabritius. Er hob in seinem Impulsvortrag hervor, welch „große symbolische Strahlkraft“ die Wolgarepublik bis heute für die Deutschen aus Russland besitze. Auch wenn nach der Oktoberrevolution mehr „der Aspekt der ‚Kommune‘ auf sowjetischer Grundlage im Vordergrund stand und nicht

etwa der einer echten Autonomie“, wirke noch immer „die großartige Idee der Selbstverwaltung und kollektiven Selbstbestimmung, die Pflege der eigenen Sprache, des hergebrachten Glaubens und der kulturellen Identität als Deutsche in fernen Ländern“ nach. Die Erinnerung daran habe ihre Auflösung, die Deportation ihrer Bewohner nach Zentralasien und auch deren Übersiedlung in die Bundesrepublik überstanden, so dass sie bis heute lebendig geblieben sei.

Die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler nahm an der Fachtagung teil und zeigte sich beeindruckt von den interessanten Vorträgen und vier Podiumsdiskussionen: „Hierbei wurde auch deutlich, wie groß der auf diesem Gebiet bestehende Forschungsbedarf ist.“ Leider gebe es nur wenige Lehrstühle in Deutschland, die sich explizit mit der Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland befassen. Zwar forsche z. B. an der Universität Osnabrück Prof. Dr. Janis Panagiotidis zu diesem Themenbereich, doch laufe dessen Berufung aus. Gleiches gelte bedauerlicherweise für den Lehrbeauftragten für die einschlägigen Themenbereiche an der Universität Heidelberg und Mitwirkenden bei der Tagung, Dr. Viktor Krieger, einem ausgewiesenen Experten für die Geschichte und Kultur der Deutschen im Russischen Reich und der Sowjetunion. „Dies ist außerordentlich bedauerlich. Die Kultur und Geschichte der Deutschen aus Russland – auch ihre Migrationsgeschichte von der Auswanderung nach Russland im 18. Jahrhundert bis zu ihrer Rückkehr und Eingliederung in die Bundesrepublik in den letzten 30 Jahren – bieten der Forschung ein weites Feld. Ein Großteil der im 18. Jahrhundert nach Russland aufgebrochenen Auswanderer stammte aus Hessen“, so Margarete Ziegler-Raschdorf. ■



Fachtagung „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik – Russlanddeutsche zwischen Autonomie und Nichtanerkennung“. Podiumsdiskussion IV: „Die rechtliche und soziale Lage der Deutschen im heutigen Russland“ mit dem (v.l.) DJR-Bundesvorsitzenden Walter Gauks, Olga Martens, Herausgeberin „Moskauer Deutsche Zeitung“, Pfarrer Edgar Born, Beauftragter der Ev. Kirche von Westfalen für die Fragen der Ausgesiedelten und nationalen Minderheiten, Markus Meckel, DDR-Außenminister a.D., Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und mit der Moderatorin der Podiumsdiskussion, Gemma Pörzgen, Journalistin. (Foto: LBHS)

Bundeskulturtagung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe

Landesbeauftragte dankt der Patenlandsmannschaft für ihre Arbeit

Einhundert Jahre nach Kriegsende widmete sich die Landsmannschaft Weichsel-Warthe bei ihren diesjährigen Bundeskulturtagen im Bonifatiushaus in Fulda den historischen Vorgängen um „Die Polnische Frage bei Ende des Ersten Weltkriegs und das Wiedererstehen Polens als Staat vor 100 Jahren in den drei Teilungsgebieten“.

Nachdem der polnische Staat im 18. Jahrhundert unter seinen Nachbarn Preußen, Österreich und Russland aufgeteilt worden war, war er für lange Zeit von der europäischen Landkarte verschwunden. Erst das Ende des Ersten Weltkriegs, mit welchem die deutsche Kriegsniederlage, das Zerbrechen des Habsburgerreiches und der Untergang des russischen Zarentums einhergingen, schuf die Rahmenbedingungen für das staatliche Wiedererstehen Polens. Der neue polnische Staat war jedoch kein ethnisch homogenes Gebilde, sondern als ein

Vielvölkerstaat entstanden. So lebten beispielsweise infolge des Versailler Vertrages, durch den u. a. Westpreußen und Posen an Polen gefallen waren, rund zwei Millionen Deutsche auf polnischem Gebiet. Ein großer Teil davon siedelte in den ersten Jahren nach dem Krieg ins Deutsche Reich über. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatten somit viele Ostdeutsche ihre angestammte Heimat eingebüßt. Diesen komplexen Fragen widmeten sich zahlreiche Vorträge der Bundeskulturtagung der Landsmannschaft, die sich als Interessenvertreter der Deutschen aus den seinerzeit betroffenen Gebieten versteht. Für die Tagung hatte der Bundessprecher der Landsmannschaft, Dr. Martin Sprungala, mit den polnischen Referenten Prof. Dr. Roman Dziergwa, Professor Dr. Jerzy Kolacki und Dr. Karol Górski hochkarätige Fachleute der Universität Posen (Poznan) eingeladen. Anhand der Beiträge wurde deutlich, wie schwierig und spannungsgeladen die damalige Situation war.

In ihrem Grußwort überbrachte die als Ehrengast geladene Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Mar-

garete Ziegler-Raschdorf, die Grüße des Ministerpräsidenten Volker Bouffier und von Sozialminister Stefan Grüttner, dessen Ministerium sie organisatorisch zugeordnet ist. Sie betonte, dass den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern in Hessen besondere Wertschätzung und Unterstützung zuteilwerde. Dies gelte besonders für die Landsmannschaften mit denen, wie im Fall der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, ein Patenschaftsverhältnis bestehe. „Es ist die erklärte Absicht der Landesregierung, die Arbeit der Patenschaftslandsmannschaften – und so auch die Ihrer Landsmannschaft – besonders zu unterstützen und ihr kulturelles Erbe zu bewahren“, so die Landesbeauftragte. Sie dankte Bundessprecher Dr. Sprungala für die Leistungen der Landsmannschaft bei dem Erhalt der ostdeutschen kulturellen Traditionen, ihrer Pflege und Weiterentwicklung ebenso wie für die gute Zusammenarbeit. Vor allem aber sprach sie ihm auch im Namen der Landesregierung ihren Dank für den wertvollen Beitrag zur Verständigung und Aussöhnung mit den Völkern in Ostmitteleuropa aus. „Ein geeintes Europa freier Völker und Staaten ist die wichtigste Voraussetzung für den Frieden“, erklärte Margarete Ziegler-Raschdorf. ■



Bundeskulturtagung: (v.l.) die beiden stv. Bundessprecher der Landsmannschaft LWW, Dr. Lothar Jakobi und Dr. Ursula Mechler, Schatzmeister Wilhelm Tappert, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Bundessprecher Dr. Martin Sprungala



Bundessprecher Dr. Martin Sprungala und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf. (Fotos: LWW)

64. Jahrbuch Weichsel-Warthe

Das Motto des diesjährigen Jahrbuchs ist die Erinnerung an das Ende des 1. Weltkriegs vor einhundert Jahren, verbunden mit den Konsequenzen für die Deutschen in den drei Teilungsgebieten. Hierzu gehört die Wiederenstehung des polnischen Staates, verbunden mit Kriegen gegen die Nachbarn und Aufstände wie den Großpolnischen Aufstand in der Provinz Posen.

Der Bezugspreis beträgt für das Einzelexemplar 10,50 € (europäisches Ausland und Übersee 13,50 €), bei Abnahme von 3 bis 9 Exemplaren je 9,00 € und bei mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €.

Bestellungen bei:

Landsmannschaft Weichsel-Warthe Bundesverband e. V.

Friedrichstraße 35 III. · 65185 Wiesbaden

Telefon 0611 379787 · E-Mail lww@gmx.de



Schlesier trauern um Gottfried Milde

Der ehemalige hessische Innenminister verstarb im Alter von 84 Jahren

Am 14. Juli 2018 verstarb der stets für andere Menschen und Schlesien engagierte Jurist und Politiker Gottfried Milde senior im Alter von 84 Jahren in Griesheim bei Darmstadt. Seine Wiege stand am 14. April 1934 in Breslau, das er im Zuge der Evakuierung vor dem Einschluss durch die Rote Armee im Alter von 10 Jahren auf einem Rodelschlitten verlassen musste. Die anschließende Flucht führte ihn nach Unterfranken. Nach dem Abitur in Schweinfurt ging er zum Jurastudium nach Würzburg und Frankfurt/Main.

Für das Vertriebenenschicksal typisch war, dass die Mutter die Familie durchbringen und zusammenhalten musste, der Vater kam erst spät hinzu. Gottfried erarbeitete sich mit Nachhilfeunterricht und auf dem Bauernhof, später auf dem Bau, seinen ersten Anzug und ein Fahrrad. Selbst für das Jurastudium reichte das Geld nicht, so musste er es zwei Jahre unterbrechen, um das Geld dafür zusammenzubringen. Berufliche Erfahrungen sammelte er erst als Referendar und dann als Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität in Darmstadt, wo er im benachbarten Griesheim bis zuletzt seine neue Heimat fand.

Seine politische Heimat fand er mit dem CDU-Eintritt 1961, sie führte ihn über kommunalpolitische Stationen in Stadt und Landkreis 1966 in den Hessischen Landtag, dem er bis 1991 angehörte. Fraktionsvor-

sitzender in den harten Oppositionsjahren, wo er 13 Jahre eine integrierende Stütze der Landesvorsitzenden Alfred Dregger und Walter Wallmann war, bis er dann 1987 Innenminister des besonders im Rhein-Main-Gebiet unruhigen Hessenlandes wurde.

Gerade rechtzeitig, da er als Innenminister klarstellen konnte, dass bei der Gründung der Städtepartnerschaft Wiesbaden-Breslau der jahrhundertealte deutsche Städtenamen nicht mit dem Kriegsende unterging, sondern im deutschen Sprachgebrauch und bei dieser Partnerschaft weiter Verwendung findet.

Nach der Politik übernahm er noch Verantwortung in der Wirtschaft bei Nestlé. Ruhestand bedeutete für ihn aber weiterhin Engagement für Menschen, besonders in der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft, deren Bundesvorsitzender er wurde. Für seine schlesische Heimat war er jahrzehntelang gerne und gern gesehenes Mitglied in der Darmstädter Kreisgruppe. Nicht immer ließen ihm seine Ämter Zeit, aber größere Anlässe nahm er sehr gerne mit seiner Frau Eva wahr und unterstützte die Schlesier zum Beispiel bei den weihnachtlichen Tombolas. In der Landesgruppe Hessen, die ihn auch zum Ehrenmitglied ernannte, war er immer wichtiger Ratgeber und Ansprechpartner.

Auch auf Bundesebene erwarb er sich bleibende Verdienste durch seinen Ein-



Gottfried Milde senior (Foto: privat)

satz für die Schaffung einer Heimstätte für die schlesische Kultur mit dem „Haus Schlesien“ in Königswinter. Neben dem stellvertretenden Vorsitz auf Landesebene übernahm er auch zeitweise den stellvertretenden Bundesvorsitz. Seine geschickte Verhandlungsführung setzte er als Vorsitzender der Schlesischen Landesvertretung ein, sozusagen das Exil-Parlament der Schlesier, dem alle aus Schlesien stammenden Land- und Bundestagsabgeordneten angehörten.

So ehrte ihn seine Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien 1983 mit ihrer höchsten Auszeichnung, dem Schlesierschild.

Der Trauergottesdienst klang aus mit dem wunderbaren Lied des schlesischen Bekenners Dietrich Bonhoeffer: „Von wunderbaren Mächten wohl geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag.“ Ihm wird die Landsmannschaft Schlesien in Hessen ein ehrendes Gedenken bewahren. Die Gedanken seiner schlesischen Landsleute sind aber auch bei seiner Frau Eva, den vier Kindern und ihren Familien. ■

Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien

Für die Landesgruppe Hessen: Albrecht Kauschat, Landesvorsitzender Hessen, Limburg Georg Stolle, Bürgermeister a. D., stellvertretender Landesvorsitzender, Bensheim Ingrid Reiß, Landesgeschäftsführerin, Wiesbaden

Ehrungen und Auszeichnungen

- 1978** Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- 1982** Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- 1983** Schlesierschild der Landsmannschaft Schlesien
- 1990** Hessischer Verdienstorden
- 1990** Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der **Schlesierschild** ist die höchste Auszeichnung, die die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. zu vergeben hat und kann nur an 30 lebende Persönlichkeiten verliehen werden. Der Schlesierschild zeigt auf goldenem Grund den silbernen Adler und wurde am 9. Juni 1961 in Hannover erstmalig an den ehemaligen Reichspräsidenten Paul Löbe verliehen.

Zuletzt erhielt der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste für die Heimatvertriebenen am 16. September 2018 beim Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation in Schloss Biebrich die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft.



Die unendliche Geschichte

Wanderausstellung über Vertreibungen im Foyer des Landratsamtes Groß-Gerau

Landrat Thomas Will eröffnete am 6. Juli 2018 die Wanderausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ vor zahlreichen Gästen im Foyer des Landratsamtes Groß-Gerau. Die Ausstellung war bis zum 17. August zu den Öffnungszeiten der Behörde in der Wilhelm-Seipp-Straße 4 für die Besucher geöffnet. Ein Ausstellungskatalog konnte von den Besuchern erworben werden.

„Ich freue mich sehr, dass wir heute hier im Foyer die Ausstellung eröffnen dürfen. Die Wanderausstellung, die der Bund der Vertriebenen und das Zentrum gegen Vertreibungen erstmals 2006 in Berlin präsentiert und die bereits an vielen Orten im Land Station gemacht hat, behandelt ein Thema, das mit der Geschichte Europas untrennbar verbunden ist: Vertreibung, Flucht und Genozid – vom Völkermord an den Armeniern bis zum Balkankrieg in den 90er Jahren. Die Ausstellung dokumentiert das Schicksal von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in Europa im vergangenen Jahrhundert, aufgearbeitet anhand von Tafeln und einer interaktiven Karte. Die Schau ist, wie es das Feuilleton der FAZ vor zwölf Jahren anerkennend schrieb, ein anstrengendes Abenteuer, fernab der befürchteten Umdeutung der Geschichte. Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, stattdessen müssen wir mit diesem Wissen unsere Zukunft gestalten – nach humanen und sozialen Kriterien. Das ist die große Aufgabe.“

Der Landrat ging dabei auch auf die Situation nach dem Ende des Zweiten Welt-

kriegs ein: „Entwurzelt waren jene, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und den vielen Umwälzungen der Nachkriegszeit von Osteuropa auch in den Kreis Groß-Gerau kamen. Sie hatten ihre angestammten Wohnorte verlassen müssen, weil sie verhasste Deutsche waren. Im Kreis Groß-Gerau wurden im Jahr 1960 35.360 Heimatvertriebene registriert. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 21,7 Prozent. Heute sind wir froh, dass die Zugezogenen zu uns kamen. Wir haben ihnen viel zu verdanken!“

Dr. Christean Wagner als Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen referierte über das Thema der Ausstellung und spannte einen historischen Zeitbogen von den Vertreibungen der Armenier Anfang des letzten Jahrhunderts bis zu den ethnischen Säuberungen während des Balkankrieges. Dabei warb Wagner auch für die Unterstützung der Stiftung und für die Aufgaben und Ziele aus dem Geist der Versöhnung mit allen Nachbarn. Sie stehe in Solidarität mit allen Opfern von Vertreibung und Genozid. Alle zwei Jahre würden Personen mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet, die sich gegen die Verletzungen von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen gewandt haben.

Helmut Brandl vom Kreisverband des BdV Groß-Gerau konnte zur Eröffnungsveranstaltung zahlreiche Ehrengäste begrüßen, u.a. die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz, die stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Ines Claus, in Vertretung des Kreisstadtbürgersmeisters Erhard Walther die Stadträtin Ilse Scheuner, den Stadtverordnetenvorsteher der Kreisstadt Groß-Gerau Klaus Meinke (SPD), den Bürgermeister der Riedkommune Büttelborn Andreas Rotzinger, den Presse-



Dr. Christean Wagner bei seinem Referat zur Ausstellung.



Ehrengäste erkunden die interaktive Karte zur Ausstellung. (Fotos: BdV Groß-Gerau)

sprecher des Landratsamtes Volker Trunk, Kreisbeigeordnete und Kreistagsmitglieder, den stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden Reinhard Schwarz sowie zahlreiche Mitglieder des BdV-Kreisverbandes und der BdV-Ortsverbände im Kreisgebiet. Brandl dankte Landrat Thomas Will dafür, dass man dem BdV-Kreisverband die Räumlichkeiten für die Präsentation dieser Ausstellung überlassen habe und zitierte angesichts der derzeit weltweit 68,5 Millionen Flüchtlinge bei seiner Begrüßung den ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages Norbert Lammert mit den Worten: „Flucht und Vertreibung sind eine scheinbar unendliche Geschichte. Sie handelt nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von der Gegenwart. Sie hat weder im 20. Jahrhundert begonnen noch ist sie damals zu Ende gegangen. Wer eine schreckliche Vergangenheit nicht in die Zukunft verlängern will, muss die Lektionen der Geschichte lernen.“

Die Ausstellungseröffnung wurde von der BdV-Musik- und Gesangsgruppe Biebesheim/Dornheim mitgestaltet.

BdV-Kreisverband Groß-Gerau



Landrat Thomas Will eröffnete die Ausstellung im Landratsamt.

Totengedenken am Ehrenmal der Heimatvertriebenen auf dem Treburer Friedhof



Totengedenken: (v.l.) Fahnenabordnung des BdV-Kreisverbandes Groß-Gerau, Bürgermeister Carsten Sittmann, Pfarrerin Monika Lüdemann, Pfarrer Günther-Dieter Loch und Mitglieder der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach.

„Krieg bringt unendliches Leid über die Menschheit. Krieg zerstört Leben, zerstört Beziehungen, zerstört Kultur. Krieg bringt oft auch Verlust der Heimat. Krieg ist eine monströse Macht der Vernichtung. Das haben die beiden Weltkriege in furchtbarer Weise gezeigt. Darum: Krieg möge es nie wieder geben“. Diese Worte sprach Pfarrer Günther-Dieter Loch von der katholischen Pfarrgruppe Astheim-Trebur-Geinsheim beim Totengedenken im Vorfeld des diesjährigen Tages der Heimat des BdV im Kreis Groß-Gerau am Ehrenmal der Heimatvertriebenen auf dem Friedhof in Trebur.

Bürgermeister Carsten Sittmann erinnerte an die Zeit der Vertreibung und Ankunft: „Die Ankömmlinge, die trotz aller Gefahren hier ankamen, hatten nicht nur ihr Haus und ihre Heimat verloren, sondern meistens auch ihre Familien und Freunde, ihre Arbeit und ihr Ansehen. Die aktuellen Geschehnisse zeigen, dass Erinnerung und Aufklärung mehr denn je ihre Berechtigung haben. Denn Flucht und Vertreibung prägen sowohl unsere Vergangenheit als auch unsere Gegenwart. Sich zu erinnern bedeutet, die Verantwortung zu übernehmen, alles zu tun, damit Krieg und Terror nicht noch mehr um sich greifen.“

Pfarrerin Monika Lüdemann von der evangelischen Kirche Trebur formulierte in ihren Fürbitten: „Unsere Erde ist nur ein kleines Gestirn im großen Weltall. An uns liegt es, daraus einen Planeten zu machen, dessen Geschöpfe nicht von Kriegen gepeinigt, von Gewalt, von Flucht und Vertreibung heimgesucht, nicht von Hunger und Flucht gequält, nicht zerrissen werden in sinnlose Trennung nach Rasse, Hautfarbe oder Weltanschauung. Lass nicht zu, dass wir mitmachen, wenn Hass und Feindschaft Menschen gegeneinander treiben.“

„Wir haben uns in diesem Jahr hier am Ehrenmal der Heimatvertriebenen auf dem

Treburer Friedhof versammelt. Wir tun dies alljährlich im Vorfeld zu den Veranstaltungen des kreisweiten Tages der Heimat unter dem Leitwort ‚Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen‘, um der Toten zu gedenken. Den vielen Toten, die immer noch auf vergessenen, verwahrlosten oder inzwischen eingeebneten Friedhöfen in der alten Heimat oder bereits in hessischer Erde ruhen, oder die während der Flucht und Vertreibung ihr Leben lassen mussten. Wir schließen in das Gedenken auch all jene Menschen ein, die in diesen Tagen durch kriegerische Gewalt weltweit ihr Leben lassen mussten.“ Helmut Brandl vom BdV-Kreisverband Groß-Gerau stellte in seiner Ansprache Vergleiche an mit verfolgten Menschen heutiger Tage, den Rohingya in Myanmar und sudetendeutschen Opfern des Todesmarsches von Brünn, und stellte dabei die Frage: „In was gleichen sich die Geschehnisse heutiger und vergangener Tage? Im Verlust der Heimat, im dabei erlittenen Leid, aber auch im Tod bei ihrer Flucht und Vertreibung.“

Die Veranstaltung wurde vom Ökumenischen Kirchenchor Astheim-Trebur-Geinsheim und Fahnenabordnungen der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach und des BdV-Kreisverbandes Groß-Gerau mitgestaltet. ■

Gedenktafel für die Deutschen aus Ungarn in Weilburg

Ein lang gehegter Wunsch der Deutschen aus Ungarn wurde in Weilburg Wirklichkeit. Die Heimatvertriebenen aus Györsövényhaz (Plankenhausen) wünschten sich an dem Ort, an dem sie am 5. Juni 1946 in Viehwaggons auf dem Bahnhof ankamen, eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Vertreibung aus der Heimat.

Der Sprecher der Deutschen aus Ungarn, Johann Geigl, wandte sich an den BdV-Kreisvorsitzenden Josef Plahl mit der Bitte, ihm für die Anbringung einer Granittafel in der Größe von 90 x 60 Zentimeter behilflich zu sein. Dieser bat den damaligen Bürgermeister Hans-Peter Schick um Hilfe, der die Anbringung der Gedenktafel an der Außenmauer des Alten Friedhofes ermöglichte. Zur Einweihungsfeier hatten sich nun mehr als 50 Ungarndeutsche eingefunden. Von

den städtischen Gremien waren der Stadtverordnetenvorsteher Bruno Götz, der Erste Stadtrat Hartmut Eisenträger, Stadtrat Matthias Knaust und Ortsvorsteherin Margret Eisenträger gekommen. Auch der Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Otto Riedl war anwesend. Johann Geigl sprach die schwierige Situation nach der Ankunft in Weilburg an, lobte aber auch die schnelle Integration der mehr als 90 Familien (521 Personen) in den ehemaligen Kreisen Oberlahn und Limburg.

Schick sprach über die damaligen Anstrengungen der Kommunen, diese Herausforderungen zu meistern. In Hessen seien damals mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Heimatvertriebene oder Flüchtlinge gewesen. Josef Plahl erinnerte in seiner Ansprache daran, dass am 4. Februar 1946 der erste



Gedenktafel: (v.l.) Martin Hromek, Johann Geigl, Hans-Peter Schick und Josef Plahl

Vertriebenenransport mit 1200 Personen aus dem Sudetenland auf dem Weilburger Bahnhof angekommen sei. Anschließend enthüllten Johann Geigl, Bürgermeister Hans-Peter Schick und Josef Plahl gemeinsam die Gedenktafel. ■

Gedenktafel am alten Bahnhof enthüllt

Gemünden (Wohra) erinnert an die Ankunft der Heimatvertriebenen vor 72 Jahren

An mehreren Bahnhöfen in Hessen sind in den vergangenen Jahren Gedenktafeln zur Erinnerung an die Ankunft der deutschen Heimatvertriebenen vor mehr als 70 Jahren angebracht worden. Nun weist auch am ehemaligen Bahnhof in Gemünden (Wohra) eine solche Tafel auf die damaligen Ereignisse hin.

Je nach Größe und Kapazität der aufnehmenden Orte waren die Vertriebenen entlang der Bahnstrecke waggonweise ausgeladen worden. Am 10. März 1946 erreichte ein Transport mit 1.200 Heimatvertriebenen aus dem Riesengebirge das im damaligen Altkreis Frankenberg gelegene Gemünden. Gleiches galt für einen weiteren Transport mit 1.200 Donauschwaben aus dem ungarischen Dombóvár, der am 13. Juni desselben Jahres am Bahnhof ankam. Für diejenigen, die hier aussteigen mussten, hatte nach einwöchigem Lageraufenthalt und viertägiger Zugfahrt im Viehwaggon die Reise ins Unbekannte damit ein vorläufiges Ende gefunden. Die Angekommenen gehörten zu den insgesamt einer Million Menschen, die als Vertriebene und Flüchtlinge in Hessen aufgenommen wurden. Sie und ihre Nachkommen zählen zu den 30 Prozent der heute in Hessen lebenden Bürger mit einem Vertreibungshintergrund oder Aussiedlerschicksal. Auch der heute in Fritzlar lebende Otto Renner kam mit einem der Transporte aus dem Sudetenland. 72 Jahre später hat er sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass nun die Tafel

am früheren Bahnhof von Gemünden enthüllt werden konnte. Zahlreich anwesende Zeitzeugen mit ihren Familien und Bürger der Stadt folgten konzentriert seinen eindrucksvollen Schilderungen der damaligen Erlebnisse, die durch die Berichte weiterer Zeitzeugen, wie dem Ungarndeutschen Johann Geigl, ergänzt wurden.

Die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, dankte Otto Renner im Namen der Landesregierung für seine Initiative und Bürgermeister Frank Gleim, der die Idee von Beginn an unterstützt hatte, sowie Horst Gömpel und Markward Lindenthal für die Gestaltung der rein aus Spendengeldern finanzierten Gedenktafel. Es sei von Bedeutung, an die Vertreibung zu erinnern, denn „die Geschichte der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen gehört zur Geschichte aller Deutschen. Leider wissen viele Leute herzlich wenig über diese Ereignisse und das sogar manchmal, obwohl sie selbst in der eigenen Familie davon betroffen sind. Die Gedenktafel kann insofern einen gu-



Gedenktafel am früheren Bahnhof von Gemünden (Wohra)

ten Impuls für Erinnerung geben“, führte die Landesbeauftragte in ihrer Rede aus. Sie verwies auch auf die Schwierigkeiten, welchen sich die Vertriebenen nach ihrer Ankunft gegenüberstehen und würdigte ihre Leistungen bei der Eingliederung: „Mit ihrem Fleiß, ihrem Können und ihren Erfahrungen haben sie gemeinsam mit den Einheimischen entscheidend am Wiederaufbau Deutschlands mitgewirkt.“ Ebenso hätten sie durch ihre Verständigungsarbeit wesentlichen Anteil daran, dass alte Feindschaften in Europa überwunden und Brücken in die Herkunftsstaaten errichtet wurden. „Nach dem Verlust der alten Heimat können wir nach über 70 Jahren sagen: Sie haben hier in Hessen im Waldecker Land ein neues Zuhause gefunden“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend. ■



Einweihung der Gedenktafel: (v. l.) Bahnhofsbesitzer Klaus Obermann, BdV-Kreisvorsitzender Günter Krause, Bürgermeister Frank Gleim, Horst W. Gömpel, Otto Renner, Markward Lindenthal, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Johann Geigl (Fotos: Thomas Hoffmeister)

Kulturelle Sommertage erstmals in Heppenheim

Die neue Tagungsstätte in Südhessen bot genügend Raum für vielfältige Aktivitäten

Dieses Jahr fanden die Kulturellen Sommertage erstmals im Heppheimer „Haus am Maiberg“ statt, der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz. Zu Beginn begrüßte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann die 43 Anwesenden. Er dankte dem Amtsleiter des BdV-Kulturreferats Hubert Leja für die Organisation und Horst W. Gömpel für die Leitung der Sommertage in Heppenheim. Als künftige Leiterin und Moderatorin der kommenden kulturellen Sommer- und Wintertage stellte Ortmann Rose-Lore Scholz aus Wiesbaden vor, die sich bereits auf ihre künftige Tätigkeit als Landeskulturreferentin freue.

Der BdV Hessen wolle die Kulturellen Sommer- bzw. Wintertage auf jüngere Teilnehmer erweitern und mit Rücksicht auf deren berufliche Tätigkeit auf die Wochenenden legen, so Ortmann. Auf dem BdV-Verbandstag müsse das Thema „Zukunftsarbeit“ lauten, um der Polemik „Was wollt Ihr noch mit Vertreibung?“ entgegenzuarbeiten. Ortmann verband den Aufruf „Wir müssen es anpacken“ mit dem Aufruf auch an die über 80-Jährigen zur Mitarbeit. Auch bei der Auflösung von Ortsverbänden sollten deren ehemalige Mitglieder zu Mitarbeit aufgefordert werden.

Gömpel gab bekannt, dass er als Protokollführer Dr. Grassl und für die Gestaltung des „Geselligen Abends“ Frau Gross gewonnen

habe. Für die bevorstehenden „Kulturellen Wintertage 2019“ konnte er zwei Referenten empfehlen: Veronika Kupcova, Lehrerin in Kaaden, bekannt durch ihren Film „Generation N“ und Wolfgang Spielvogel aus Frankfurt, der das Schauspiel „Sudetenbitter“ bereits in tschechischer Sprache in seiner Heimat im Altvatergebiet aufgeführt habe und damit auf große Resonanz gestoßen sei.

Zum Thema „Aktuelle Themen und Fragen zur Arbeit der Vertriebenenverbände“ bekannte Siegbert Ortmann, dass er mit dem Begriff „BdV“ nichts mehr anfangen könne. „Wir sollten einen anderen Namen suchen, der sich der Zukunft öffnet – nach dem Vorbild des VdK“, der sich umbenannt habe in VdK-Sozialverband und einen großen Mitgliederzuwachs habe. Das BdV-Logo könne man trotzdem beibehalten. Ortmann forderte alle Mitglieder zu Vorschlägen auf, um neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei müsse auf den Begriff „Vertriebene“ nicht verzichtet werden. Die zahlreich nach Hessen gekommenen Spätaussiedler hätten ein vergleichbares Schicksal. Ihre Integration sei abgeschlossen, nicht aber die der Jungen. Für die Schulen solle die Vertreibungsgeschichte so dargestellt werden, dass sie von diesen auch angenommen werde: Werke mit viel Bildern aber wenig Text und mit großen Landkarten mit den deutschen Ortsangaben. Eine anwesende Schülerin verwies darauf, dass Schüler am liebsten persönliche Schilderungen und Erlebnisse hören würden. Ortmann verband einen Appell an die Zukunftspolitik des BdV mit drei Begriffen: Bewahren – Erinnern – Versöhnen.

Am Vormittag des zweiten Tags erfolgte eine Fahrt nach Lorsch mit einer Stadtführung, Besichtigung des ehemaligen Klosters und dem Besuch einer Heimatsstube mit vielen Dokumenten und Heimatschätzen aus dem Sudetenland.

Hartmut Koschyk berichtete in seinem Referat „Meine Begegnungen mit den Deutschen in Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion“ über seine zahlreichen Begegnungen als Beauftragter des Bundestages für Nationale Minderheiten mit verbliebenen Deutschen in Mittelost- und Osteuropa. Dabei konnte er zufrieden feststellen, dass bis auf die deutsche Sprachgruppe in

Slowenien alle als „Minderheit“ anerkannt sind und sich als solche stabilisieren konnten. Dies sei durch bilaterale Verträge mit den betreffenden Staaten abgesichert.

Viktor Funk, Buchautor und Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, stellte nach der Lesung aus seinem Roman „Mein Leben in Deutschland begann mit einem Stück Bienenstich“ fest: „Alle Migranten stellen sich die Frage: Wer bin ich?“ Denn Vergangenheit sei ein Stück Identität. Auf die Frage, wer die Herkunftsländer wieder aufbauen solle, sagte er, dass jeweils ein Drittel der Migranten bleibe, ein Drittel gehe wieder zurück bzw. ziehe weiter.

Gömpel hob vor Beginn seines Referats „Aufarbeitung der Geschichte der Vertreibung in Tschechien und Deutschland – 72 Jahre danach“ hervor, dass sein Vortrag nicht nur bekannte Inhalte wiederhole, sondern neueste Fakten bringe. Aus der Fülle der gezeigten Folien, Fotos, Gedenktafeln usw. komme man zu der Erkenntnis, dass die jungen Tschechen wissen wollen, wo die mehr als eintausend verschwundenen Orte waren und warum die Sudetendeutschen nach Kriegsende vertrieben wurden. In Deutschland gibt es dagegen zwei Generationen, die nicht wissen was damals geschehen ist. Marlene Gömpel las aus ihrem gemeinsamen Buch „...angekommen!“ eine ergreifende Begebenheit vor: Das Autorenpaar bedankte sich im Jahr 2013 bei



Hubert Leja (Mitte), Kulturreferat des BdV, mit Teilnehmern bei den Kulturellen Sommertagen in Heppenheim. (Foto: LBHS)



Auch die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf war wieder Gast bei den Kulturellen Sommertagen. (Foto: LBHS)



Sommertage: (v.l.) Horst W. Gömpel, Siegbert Ortmann und die neue Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz



Interessante Referate: (v.l.) Gerd-Helmut Schäfer und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf

dem Tschechen Peter Moučka in Weipert/Weipery, dessen Vater 1945 das Leben des 15-jährigen Bruders von Marlene Gömpel gerettet hatte. Eine Mutter und vier Jungen im Alter von 15 Jahren wurden an der Friedhofsmauer von Preßnitz erschossen.

Dr. Eugenie Trützschler von Falkenstein brachte in ihrem Vortrag „Vor 50 Jahren – der Prager Frühling und sein gewaltsames Ende im August 1968“ sehr detailreich bekannte und weniger bekannte Ereignisse und Hintergründe der Vorgänge in der CSSR vor genau 50 Jahren in Erinnerung und verband diese mit ihrem persönlichen Werdegang. Die Referentin hatte einige Tage als Gast teilgenommen und hatte zahlreiche Ideen zur Erhaltung der sudestdeutschen Kultur vorgetragen, besonders für den Erhalt der Heimatstuben, z.B. eine sogenannte „Straße der Heimatstuben.“ Am Mittwochnachmittag überbrachte die

hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, in ihrem Grußwort die besten Wünsche der Landesregierung. In ihrer Ansprache verwies sie auf § 96 des Bundesvertriebenengesetzes, der eine Verpflichtung zur Erinnerung an die Vertreibung beinhaltet. Deshalb sei in Hessen auch das Thema „Flucht und Vertreibungen“ im Schulunterricht fest verankert.

Gerd-Helmut Schäfer berichtete über die „Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) – Aufbau und Zeitzeugenprojekt“. Im Unterschied zu der von Erika Steinbach und Peter Glotz gegründeten privaten Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV), die Wander-Ausstellungen organisiert, sei die SFVV in Berlin eine bundeseigene Einrichtung mit einer Dauerausstellung. Das Haus werde voraussichtlich 2020 eröffnet. Schäfer rief die

Seminar Teilnehmer auf, die künftige SFVV mit der Zusendung von Zeitzeugenberichten, der eigenen Lebensgeschichte und bei Haushaltsauflösungen auch mit entsprechenden Dokumenten zu unterstützen.

Die Filmvorführung des Regisseurs Ben Mengelsberg „Meine Oma in Schlesien“ ging einfühlsam auf das Problem ein, das Thema „Vertreibung“ der jüngeren Generation zu vermitteln. Es schloss sich eine rege Diskussion über den gelungenen Film an. Der „Gesellige Abend“ fand mit Lied- und Textbeiträgen zahlreicher Teilnehmer und vielen, gemeinsam gesungenen Volks- und Heimatliedern guten Anklang.

Das Referat der jungen Bildungsreferentin der Deutschen Jugend aus Russland, Alexandra Dornhof, über „Identitäten der Nachwuchsgeneration der Deutschen aus Russland“ befasste sich mit den aktuellen Problemen „Gibt es mehrfache Identitäten?“, „Was ist typisch deutsch bzw. russisch?“, „Was ist Heimat?“, die in der anschließenden Aussprache teilweise heftig und emotional, diskutiert wurde.

In der Zusammenfassung und Bewertung der Seminarergebnisse konnte Tagungsleiter Gömpel auf erkenntniserweiternde und gelungene Tage zurückblicken. Er bedankte sich besonders bei den Teilnehmern für ihre Unterstützung und rege Diskussionsteilnahme. Der stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Josef Plahl aus Weilburg verwies auf weitere Veranstaltungen und dankte für die Beiträge am „Geselligen Abend“ und die Arbeit von Hubert Leja und sprach Horst W. Gömpel Anerkennung für die harmonische Versammlungsleitung aus. ■

**Dr. Gerhard Grassl und
Horst W. Gömpel**



Teilnehmer besuchen das Kloster Lorsch (Fotos: BdV Hessen)

Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2018 für Prof. Dr. Michael Wolffsohn



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Am Sonntag, 21. Oktober, wird der Historiker und Publizist Prof. Dr. Michael Wolffsohn um 12 Uhr in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ausgezeichnet. Die Laudatio auf den Preisträger hält der Historiker Prof. Dr. Andreas Rödder, die Begrüßung erfolgt durch den Bürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Uwe Becker, für die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN spricht der Vorsitzende Dr. Christean Wagner. Auch der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier wird als Schirmherr ein Grußwort sprechen.

Die Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises würdigt mit dieser Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Schaffen von Prof. Wolffsohn. Als Historiker und Publizist hat er in seinen Veröffentlichungen immer wieder deutlich gemacht, dass die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur nicht dazu führen dürften, das Unrecht an den vertriebenen Deutschen zu verschweigen. Engagiert hat er sich dafür ausgesprochen, dass die dauerhafte Erinnerung an die Vertreibung ein elementarer Teil deutscher Geschichte ist.

Bereits sehr früh, nämlich 2001, ist Wolffsohn dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN beigetreten. Er tat das damals mit den Worten: „Wer kann sich dem Anliegen eines Zentrums gegen Vertreibungen verschließen? Nur Befürworter von Vertreibungen. Das Eintreten gegen Vertreibungen muss überparteilich und unabhängig von Herkunft und Ideologie sein.“

Insbesondere für die erste Ausstellung der Stiftung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ war er ein kluger und unverzichtbarer Berater. Wolffsohn war und ist ein Gegner aller Kollektivschuld-Thesen und steht damit fest auf dem Boden der unteilbaren Menschenrechte, die er unabhängig von Ideologien und Anfeindungen stets als Maßstab vertreten hat. Dieser Maxime ist Michael Wolffsohn stets gefolgt. Gerade in den ersten Jahren der Stiftung gab es im In- und Ausland massiven Widerstand ge-

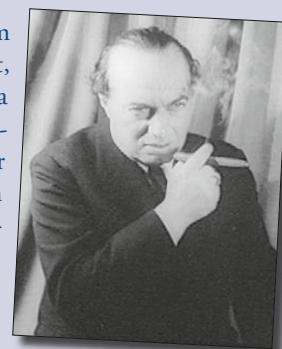
gen das ZENTRUM. Wolffsohn hat sich dadurch nicht beeinflussen lassen, sondern hat sich in zahlreichen Interviews, Aufsätzen und Diskussionsrunden aus Überzeugung unerschrocken an die Seite der Stiftung gestellt.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn wurde 1947 in Tel Aviv geboren und lehrte von 1981 bis 2012 an der Universität der Bundeswehr München Neuere Geschichte. Ebenso wie im Hinblick auf das Vertreibungs-geschehen hat er immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus keine Gründe seien, die auf Dauer die Integration des Judentums in die deutsche Nachkriegsgesellschaft belasten müssten. Diese Haltung vertritt er besonders in seinem Buch „Keine Angst vor Deutschland!“.



Prof. Dr. Michael Wolffsohn, 2015 (Foto: Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 via Wikimedia Commons)

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ist nach dem österreichischen Schriftsteller Franz Werfel benannt, der u. a. in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ die Vertreibung und den Völkermord an den Armeniern beschrieben hat. Der große jüdische Lyriker und Romancier ist auch in seinem persönlichen Leben ein sprechendes Beispiel für das Schicksal der Vertreibung. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aus der preußischen Dichterakademie ausgeschlossen. 1938 musste er nach Frankreich flüchten. Von dort entkam er in abenteuerlicher Flucht über die Pyrenäen den nachdringenden deutschen Truppen. 1940 kam er von Portugal aus nach Amerika, wo er bis zu seinem Tod 1945 in Beverley Hills lebte.



Die Erbin Franz Werfels, Marina Mahler, hat dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN die Benutzung des Namens mit Brief vom 17. Januar 2002 gestattet.

Der mit 10.000 € dotierte Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen schärfen.

Mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wurden bisher ausgezeichnet:

- 2016 Freya Klier
- 2014 Rick Ostermann
- 2012 Prof. Dr. Karl Schlögel
- 2010 David Vondráček
- 2009 Herta Müller
- 2007 György Konrad
- 2005 Bischof Dr. Franjo Komarica
- 2003 Dr. Mihran Dabag, Věra Vítová, Petr Kulíšek sowie Jan Piňos.



Ein engagierter Karlsbader

Manfred Hüber beging seinen 80. Geburtstag

Es ist schon ein besonders schönes Erlebnis, das der gebürtige Karlsbader Manfred Hüber im Landhotel Adler in Leun-Biskirchen am 1. September seinen 80. Geburtstag im Kreise seiner Familie, Freunden und vielen Gästen feiern konnte. Darunter die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf, der Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Markus Harzer, der Leuner Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Ambrosius, der ehemalige Braunfelder Pfarrer und jetzige Bischofsvikar und Regens des Bistums Limburg Dr. Christof May, der Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer, der Landtagsabgeordnete Frank Steinraths, der Landrat des Lahn-Dillkreises Wolfgang Schuster, die alle sein Wirken mit einem Grußwort würdigten, und viele weitere Weggefährten.

Besondere Freude hatte Manfred Hüber, dass Dr. Sandra Kreisslová von der Landwirtschaftlichen Universität in Prag und Dr. Jana Nusková von der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik aus Brünn an der Feier teilnahmen. Mit den beiden Frauen arbeitet Manfred

Hüber zusammen an deren Projekt „Familiengedächtnis“. Das Projekt soll Aufschlüsse über das „Familiengedächtnis“ zu Flucht und Vertreibung geben und möchte die Frage beantworten: „Wie ist die Erinnerung der Heimatvertriebenen an ihre Heimat und was haben sie davon an die Kinder- und Enkelgeneration weitergegeben und wie sind sie in ihrem neuen Zuhause angekommen?“ Die Ergebnisse fließen in eine Studie ein, die wahrscheinlich Anfang des Jahres 2019 fertiggestellt sein wird.

Manfred Hüber wurde am 28. August 1938 in Karlsbad im Egerland geboren. 1946 wurden er, seine Mutter und viele Karlsbader Deutsche in Viehwaggons gesetzt und gen Westen geschickt. Manfred Hüber ließ – wie so viele andere auch – so gut wie alles zurück. In Biskirchen fanden nicht nur er und seine Mutter ein neues Zuhause, sondern auch seine 20 Verwandten, die Karlsbad verlassen mussten und gemeinsam in Biskirchen untergekommen sind. Nach der Mittleren Reife und der Bundeswehr wurde er Optikmesstechniker bei Leitz in Wetzlar. 1975 heiratete er seine Maria Magdalene und baute ein Haus in Leun.

1962 trat Manfred Hüber in die Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft und den BdV-Kreisverband



Manfred Hüber bei der Feier zu seinem 80. Geburtstag mit der (v.l.) Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf und den beiden tschechischen Wissenschaftlerinnen Dr. Sandra Kreisslová und Dr. Jana Nusková. (Foto: LBHS)

in Wetzlar ein und hat sich durchgehend und mit großem Engagement für die Belange der Heimatvertriebenen auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene eingebracht. Sowohl im BdV als auch in der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat er verschiedene Funktionen wahrgenommen. Seit 1963 war er im Vorstand der SL-Kreisgruppe Wetzlar tätig. 1991 wurde er Kreisobmann der Kreisgruppe und 1987 in den Landesvorstand der SL-Landesgruppe Hessen gewählt. Seit 1993 bis heute ist er stellvertretender Landesobmann der SL-Landesgruppe Hessen. Von 1996 bis 1999 und von 2004 bis 2007 war er Mitglied der Bundesversammlung des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München und hat sich dort an der Arbeit verschiedener Ausschüsse beteiligt. Neben seinem Engagement bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft übt der Jubilar seit 2000 auch das Amt des stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden aus. Ebenso gehört er seit 2003 dem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie dessen Kulturausschuss an. Darüber hinaus war und ist er in vielen kirchlichen, gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Bereichen tätig. In Leun ist er heute Ehrenstadtverordnetenvorsteher. Seine außerordentlichen Leistungen, die er in vielen Jahrzehnten in ehrenamtlicher Tätigkeit erbracht hat, wurden 2011 zu Recht mit dem Hessischen Verdienstorden am Bande gewürdigt. ■



Dr. Sandra Kreisslová war bereits mehrmals zu Gast bei Manfred Hüber, der die junge Wissenschaftlerin bei ihrem Projekt „Familiengedächtnis“ unterstützt. (Foto: Martin H. Heller)

Die Vertriebenen im Lahn-Dill-Kreis

In den Jahren 1946 bis 1950 kamen insgesamt 42.328 Deutsche aus dem Osten in den Kreis Wetzlar und den Dillkreis, aus denen später der Lahn-Dill-Kreis wurde. Damals hatten beide Kreise zusammen eine Bevölkerung von rund 150.000 Menschen. Die Vertriebenen wurden auf die Städte und Gemeinden verteilt. Die Aufnahme geschah in vielen Fällen nicht freiwillig. Auf Befehl der US-Militärregierung war die Bevölkerung verpflichtet, in jedem Haus Vertriebene aufzunehmen.



Professor Adolf Hampel wurde 85 Jahre

Prof. Dr. Adolf Hampel feierte am 7. September seinen 85. Geburtstag. Seitdem er im Jahre 2012 unter dem Titel „Mein langer Weg nach Moskau“ einen Teil seiner Lebenserinnerungen veröffentlicht hat, wissen wir viele interessante Details aus seinem erfüllten Leben.

Der 1933 im sudetenschlesischen Kleinherrlitz bei Troppau Geborene wurde durch die Vertreibung mit Eltern und Geschwistern nach Niederbayern verschlagen und studierte nach dem Abitur in Reimlingen Katholische Theologie in Königstein und Rom. In der Ewigen Stadt erwarb er sich im Russicum seine exzellente Kenntnis der russischen Sprache und entwickelte seine Liebe zur Ökumene. In Königstein war er nach dem Doktorat in Rom Assistent des Leiters der Königsteiner Anstalten, Prälat Adolf Kindermann, und wurde bald auch Dozent für Ökumenische Theologie und Ostkirchenkunde. Er lehrte auch über Fragen des Marxismus und war Lektor für Russisch. 1969 wurde er an die Justus-Liebig-Universität nach Gießen berufen und lehrte dort bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Kirchengeschichte.

Schon früh besuchte Hampel die östlichen Nachbarländer und führte unter zum Teil damals noch schwierigen Bedingungen Gruppen in alle Staaten des ehemaligen Ostblocks. Verschiedene Institutionen holten ihn als Berater. Bei entscheidenden politischen Ereignissen wie dem Prager Frühling 1968, in der Zeit des Kriegsrechtes in Polen 1980 oder bei der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens 1990 war er am Ort des Geschehens persönlich dabei.

Ein Glücksfall für die sudetendeutsche und schlesische Volksgruppe war es, dass Adolf Hampel in Königstein bei seinem damaligen Schüler Rudolf Grulich die Begeisterung für den deutschen und europäischen Osten weckte und mit ihm in über 50-jähriger Kollegialität und Freundschaft die Idee des alten „Königstein“ von Weihbischof Kindermann gegen alle Widerstände (auch innerhalb der Kirche) nicht untergehen ließ. Dass das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien heute in Nidda als „Haus Königstein“ noch weiter besteht, haben die Sudetendeutschen auch ihm zu verdanken.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit und seiner thematisch weit gefächerten Lehrtätigkeit in Königstein und Gießen war Hampel stets ein Mann der Praxis. Als Referent war er ebenso bekannt wie als kundiger Reiseleiter, der die Kontakte zum Osten schon knüpfte, als dies manchen Organisationen, die sich heute als Vorreiter fühlen, noch suspekt und zu gefährlich war.

Neben Büchern wie „Perestroika als Aufgabe für Christen oder Gott in Rußland“ (mit Thomas Ross) hat sich Hampel auch als Herausgeber verschiedener Bücher einen Namen gemacht. Mit Rudolf Grulich gibt er die „Texte zum Ost-West-Dialog heraus“, eine Taschenbuch-Reihe, in der er auch einige Bücher mit Grulich verfasste oder aus dem Russischen übersetzte. In dem Buch „Maastricht starb in Sarajevo – Gegen die Totengräber Europas“ geißelten die beiden Autoren die langjährige Untätigkeit des Westens im Balkankonflikt. In dem Band „Mit den Beneš-Dekreten in die EU?“ wandten sie sich gegen die Aushöhlung der Werte Europas, weil Vertreiberstaaten in die EU kamen, ohne die Unrechtsdekrete von 1945 aufheben zu müssen. ■

„Mein langer Weg nach Moskau“ Radio Moskau berichtet über das Los der Sudetendeutschen

Professor Adolf Hampel, 2. Vorsitzender des Instituts „Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien“ in Nidda, hatte 2012 das Buch „Mein langer Weg nach Moskau, Ausgewählte Erinnerungen“ veröffentlicht. Nachdem es völlig vergriffen war, hat der Gerhard Hess Verlag in Bad Schussenried eine zweite Auflage herausgebracht. Da das Buch auch in Russland durch die Tätigkeit Hampels bekannt wurde, hat der Pero Verlag in Moskau das von Irina Potapenko ins Russische übersetzte Buch 2017 publiziert.

Der Leiter des Radiosenders „Echo von Moskau“, Sergey Buntman, hielt den Inhalt des Buches für das Moskauer und gesamtrossische Auditorium für so wichtig, dass er Adolf Hampel zu einem Interview ins Radio nach Moskau einlud. Das auf Russisch gehaltene einstündige Interview ist inzwischen mehrmals gesendet worden. Die Resonanz ist bis heute außergewöhnlich groß. Ein großer Teil der Fragen bezog sich auf die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei und ihre Vertreibung nach 1945. Dass Radio Moskau so ausführlich über Sudetendeutsche berichtete, ist wohl noch nicht vorgekommen, seitdem Edvard Beneš den „Freiheitssender Sudetenland“ 1945 in Moskau einstellen ließ.

Das gesamte Interview in deutscher Übersetzung kann bestellt werden bei Adolf Hampel, Schloss 9, 35410 Hungen.

Das Buch „Mein langer Weg nach Moskau“ ist für 14,80 Euro zu beziehen über: Institut für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien

Zum Sportfeld 14, 63667 Geis-Nidda,

Telefon: 06043-9885224, E-Mail: haus-koenigstein.nidda@t-online.de

www.institut-kirchengeschichte-haus-koenigstein.de



Prof. Dr. Adolf Hampel
(Foto: privat)



Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden



Telefon 0611 36019-0
Telefax 0611 36019-22
E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de
www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
www.facebook.com/bdvhessen



BdV-Landesverband

21. Oktober 2018

Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2018
an Prof. Dr. Michael Wolffsohn
Paulskirche, Frankfurt a. M.

08. – 11. Oktober 2018

Schlesische Landeskulturtage
Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Tagungsstätte Wilhelm-Kempff-Haus
Wiesbaden-Naurod

26. – 28. Oktober 2018

Bundeskulturtagung in Haus Schlesien
Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter

28. Oktober 2018

Oktoberfestball in Mittelhessen
Verband der Siebenbürger Sachsen, Landesgruppe Hessen
Bürgerstuben, Hauptstraße 109, 35625 Hüttenberg

02. – 03. November 2018

SL-Kulturtagung
Sudetendeutsche Landsmannschaft – Landesgruppe Hessen
Bad Homburg

04. – 10. November 2018

Seminarreise Teschener Schlesien/Polen/Tschechien
Deutsch-Europäisches Bildungswerk Hessen



23. – 25. November 2018

Internationale Kulturtage „Mare Balticum“
Deutsch-Baltische Gesellschaft
Haus der Deutsch-Balten
Herdweg 79, Darmstadt

Absender:



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F



Kulturportal West-Ost

Kulturportal West-Ost

Eine neue Internetplattform zu Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Das „Kulturportal West-Ost“ wird gemeinsam betreut von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, und der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR, Königswinter. Es will nicht nur die Arbeit dieser beiden überregional arbeitenden Stiftungen vorstellen, sondern darüber hinaus einen Zugang zu dem in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannten oder gar verkannten Reichtum der Kultur der Deutschen im östlichen Europa bieten – einen Zugang, der sich angesichts der unübersichtlichen Vielfalt der zuständigen Einrichtungen oft nur schwerlich finden lässt.

Ebenso gilt es, die vielfältigen Institutionen – ob sie nun regional oder überregional wirken – miteinander zu vernetzen und ihnen gleichzeitig eine Plattform für die Präsentation ihrer wichtigen Arbeit bereitzustellen – ein Angebot, das sich zuvorderst an die als Privatinitiativen geführten Einrichtungen richtet, die hierzu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.

Damit dies gelingt, sind die Betreiber des „Kulturportals West-Ost“ auf die freundliche Mithilfe der betreffenden Institutionen selbst angewiesen. Die Betreiber laden daher

herzlich dazu ein, dem Kulturportal regelmäßige Informationen über anstehende Veranstaltungen und über Neuerscheinungen zukommen zu lassen. Besonders wertvoll sind ferner Mitteilungen über Änderungen von Adressen, Vorständen etc. Ebenso sind Hinweise auf fehlerhafte bzw. zu korrigierende Angaben ausdrücklich erwünscht.

Das „Kulturportal West-Ost“ versteht sich nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu den Angeboten der Institutionen mit eigenen Internetauftritten. Es befindet sich noch im Aufbau. Zentraler Bestandteil des Kulturportals ist die umfangreiche Datenbank der Einrichtungen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes mit der Kultur der Deutschen im östlichen Europa befassen. Derzeit sind annähernd 3.000 Institutionen, Verbände, Vereine, Gruppen etc. erfasst mit den jeweils aktuellen Adressen und Ansprechpartnern. In einer späteren Ausbaustufe des Projekts sollen zudem jeweils Angaben über Or-

ganisation, Gründung, Ziele, regelmäßige Aktivitäten und Publikationen, Archiv- oder Bibliotheksbestände, Zeitschriften und weiterführende Literatur etc. verfügbar sein. Weitere Anregungen und Ideen sind herzlich willkommen!



Kulturportal West-Ost

Web www.kulturportal-west-ost.eu

E-Mail info@kwkulturportal-west-ost.eu

Kulturstiftung der dt. Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung

Godesberger Allee 72 – 74 · 53175 Bonn

Telefon 0228 91512-0

E-Mail e.gierlich@kulturportal-west-ost.eu
kulturstiftung@t-online.de

Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa – OKR

Cäsariusstraße 91 · 53639 Königswinter

Telefon 02223 90660-11

E-Mail g.aescht@kulturportal-west-ost.eu



Die Marienburg um 1895 (Foto: Wikimedia Commons, gemeinfrei)